

**aki**

ANTIKAPITALISTISCHE LINKE

**aufmüpfig  
konsequent  
links**

**Kapitalismus**

**bedeutet**

**G-W-G'**

**Klimazerstörung**

**LINKE STRATEGIEDEBATTE**

Beiträge von Thies Gleiss und Lucy Redler

S. 3 - 9

**KAPITALISMUS BEDEUTET KLIMA- UND UMWELTZERSTÖRUNG**

von Tim Fürup und Katja Sonntag

S. 11

**NOTWENDIGKEIT EINER KONSEQUENTEN VERKEHRSWENDE**

von Winfried Wolf

S. 20

**Editorial**

Von Lucy Redler  
.....S. 3

**Ökosozialismus als Programm - Politik in der ersten Person als Strategie - Mitglieder-Aktiven-Partei als Form**  
Beitrag zur Strategiedebatte von Thies Gleiss  
.....S. 4

**Rebellisch und sozialistisch**  
Beitrag zur Strategiedebatte von Lucy Redler  
.....S. 8

**Kapitalismus bedeutet Klima- und Umweltzerstörung**  
von Tim Fürup und Katja Sonntag  
.....S. 11

**Von der Klimagerechtigkeitsbewegung lernen heißt siegen lernen**  
von Melanie Schmidt-Krobok  
.....S. 17

**Die Notwendigkeit einer konsequenten Verkehrswende**  
von Winfried Wolf  
.....S. 20

**Bahn-„Raub“-Züge**  
von Ingrid Jost  
.....S. 24

**LINKE for future – Klimarevolution als Sofortforderung**  
von Thies Gleiss  
.....S. 26

**Hartz IV: Der Putsch von ganz oben**  
von Jürgen Aust  
.....S. 30

**Massenproteste erschüttern die Welt**  
von Judy Beishon und Sascha Stanicic  
.....S. 34



**von Lucy Redler, eine von acht Bundessprecher\*innen der AKL und Mitglied im Parteivorstand**

Liebe Genoss\*innen, liebe Freund\*innen

in euren Händen haltet ihr die vierte Ausgabe der „aufmüpfig“ der Antikapitalistischen Linken (AKL).

Das Heft hat diesmal zwei Schwerpunkte:

1. Wir mischen uns mit zwei Beiträgen in die bundesweite Strategiedebatte der LINKEN ein. Die beiden Mitglieder des AKL-Bundessprecher\*innenrats im Parteivorstand Thies Gleiss und ich haben unsere Gedanken und Vorschläge zur Strategiedebatte zu Papier gebracht. Thies plädiert für „Öko-Sozialismus als Programm, Politik in der ersten Person als Strategie und eine Mitglieder-Aktiven-Partei als Form“. Ich habe meine Vision einer rebellisch-sozialistischen Linken im Jahr 2020 aufgeschrieben und frage, wie die Arbeit einer Partei aussähe, für die der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ein in täglichen Kämpfen verankertes Ziel und nicht nur ein papiernes Bekenntnis ist.

2. Der zweite Teil widmet sich ausführlich der außerparlamentarischen Bewegung zum Klimaschutz und vereint unter anderem Beiträge über den Zusammenhang von Kapitalismus und Klimazerstörung, das Wesen der Klimagerechtigkeitsbewegung und Lernanlässe für DIE LINKE und der verfehl-

ten Politik der Deutschen Bahn AG. Der Verkehrsexperte Winfried Wolf hat für unser Heft aus seinem Buch „Mit dem Elektroauto in die Sackgasse“ einen 10-Punkte-Plan für eine Verkehrswende zusammengefasst.

Last but not least hat Jürgen Aust für uns zum 15. Jahrestag der Hartz-IV-Gesetzgebung ihre Entstehungsgeschichte analysiert und zieht Schlussfolgerungen für DIE LINKE im heutigen Kampf gegen Erwerbslosigkeit.

Während wir an der Fertigstellung dieses Heftes arbeiten, gehen im Iran, Irak, Libanon, Chile, Ecuador, Bolivien, Frankreich und vielen anderen Ländern Millionen Menschen auf die Straße und protestieren gegen Repression, Preiserhöhungen, korrupte Regime, Erwerbslosigkeit, Sozialabbau und vieles mehr. Sascha Stanicic und Judy Beishon analysieren die Proteste und ziehen politische Schlüsse.

Tagtäglich führt uns der Kapitalismus vor Augen, dass er Krieg, Armut und Klimazerstörung bedeutet. Wir wollen den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft nicht verschieben, sondern mit unserer täglichen Praxis verknüpfen.

Wir freuen uns auf Feedback, Kritik und Vorschläge zur Umsetzung der in diesem Heft beschriebenen Vorschläge in die Praxis. Schreibt uns an [info@antikapitalistische-linke.de](mailto:info@antikapitalistische-linke.de)

Wie immer geben die Artikel die Meinungen der Autor\*innen wieder.

**Lucy Redler**

# ÖKOSOZIALIMUS ALS PROGRAMM – POLITIK IN DER ERSTEN PERSON ALS STRATEGIE – MITGLIEDER–AKTIVEN–PARTEI ALS FORM

von Thies Gleiss

Gegensätze können aufbauen und vorantreiben, aber auch verwirren. Es liegt ein wenig an uns selber, was letztlich herauskommt:

Dreizehn Jahre die Partei DIE LINKE, 63.000 Mitglieder und beharrlich knapp 10 Prozent bundesweite Unterstützung bei Wahlen ist doch eher etwas zu feiern. Die kapitalistische Gesellschaft in Deutschland ist uns trotz aller Bemühungen nicht losgeworden und auch trotz vieler Leute in den eigenen Reihen, die in dieser kapitalistischen Gesellschaft lieber an- als von ihr wegkommen wollen – und dennoch kommt das Gefühl auf, es geht nicht weiter, sondern eher zurück. Was läuft da schief im Selbstverständnis der LINKEN?

Die größten Demonstrationen der gesellschaftlichen Opposition seit dem zweiten Weltkrieg: Millionen folgen einem Aufruf von Kindern und Jugendlichen, an einem normalen Arbeitstag in der Woche, kurzerhand zu streiken, um die Herrschenden ein wenig in Panik geraten zu lassen, ob deren Unfähigkeit, die Klimakatastrophe zu verhindern. Und selbst wenn es manchmal nur ein paar Minuten, ein Gespräch in der Kantine waren, so bleiben es doch eine Mut machende Verweigerung, die selbst den notorisch konservativen Bürokraten in deutschen Gewerkschaften Feuer unter Hintern bereitet.

Hunderttausende gehen für unteilbare Solidarität, Menschenrechte und humanen Umgang mit Geflüchteten auf die Straße und widersetzen sich dem gnadenlosen Funktionieren des deutschen und des EU-Staates.

Ja, auch wenn es Leute in den eigenen Reihen, und bei den Rechten sowieso, anders behaupten: Der Staat hat in der Geflüchtetenfrage nicht versagt, sondern fast immer eher zu gut funktioniert. Die EU-Maschinerie mordet am Mittelmeer und in der Sahara.

Zehntausende stellen sich Woche für Woche dem rechten Spuk von AfD und anderen faschistischen und halbfaschistischen Kräften entgegen.

Hunderttausende protestieren gegen Freihandelsverträge und den neoliberalen Anspruch, sich die ganze Welt untertan zu machen. Sie stellen die Legitimation der kapitalistischen Herrschaft in Frage – auch wenn es noch keine linken, sozialistischen Alternativen sind, die dem entgegengehalten werden. In zahlreichen Ländern auf allen Kontinenten erhebt sich gleichzeitig die Bevölkerung, weil die brutale Umsetzung des kapitalistischen Anspruchs, die Welt zu

*Thies Gleiss ist im Bundes-sprecher\*innenrat der AKL und Mitglied im Parteivorstand der LINKEN.*

<sup>1</sup> laut Eurobarometer Umfrage vom März 2018; <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2180>; damit liegt die Zustimmung der ‚Deutschen‘ zur EU inzwischen ziemlich im Mittelfeld der EU-Mitgliedstaaten ...

beherrschen, zu schlimmen Verschlechterungen des täglichen Lebens führt: In Frankreich die Proteste der Gelbwesten; im Iran, im Irak, in Chile, in Ecuador, in Kolumbien, im Sudan, im Libanon und vielen Ländern mehr.

Tausende gehen in allen großen Städten Deutschlands gegen die hohen Mieten und die Macht der Immobilienkonzerne auf die Straße. Sie stellen in einer Weise die Eigentumsfrage, einschließlich der Forderung nach Wiederaneignung der Häuser und Enteignung der Konzerne, wie es tausende von klugen Bücherschreiber\*innen und hunderte von parlamentarischen Expert\*innen mit ihren Eingaben nicht geschafft haben oder sich gar nicht erst trauen.

Hunderttausende sind heute bereit, für betriebliche und gewerkschaftliche Forderungen zu streiken. Die leider so gesichts- und geschichtslose Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage steigt auch in Deutschland wieder – dem Land, wo Streiks eigentlich nur noch in den Erzählungen der Groß- und Urgroßeltern vorkamen. Es tauchen dabei qualitative Forderungen auf – neue Formen der Arbeitszeitverkürzung, Mindestpersonalbesetzung, generelle Aufwertung von Berufen – die seit 1985 nicht mehr in so radikaler Weise die gewerkschaftlichen Kämpfe prägten. Die Idee eines Frauenstreiks, der in Spanien und der Schweiz wieder zu den herausragenden Ereignissen des Jahres zählte, findet auch in Deutschland neuen Zulauf.

Zehntausende gehen für mehr Bürgerrechte, gegen neue Polizeigesetze, gegen Überwachung und Datenmissbrauch auf die Straße. Sie demonstrieren für gesunde Nahrungsmittel und gegen Tierversuche.

Und selbst ein enger Blick auf die politisch radikalen und erklärtermaßen sozialistischen oder antikapitalistischen Mobilisierungen der Linken zeigt: Es kommen so viele wie lange nicht mehr.

Allein die klassische „Friedensbewegung“ hat sich nach den Jahren des Untergangs der bipolaren Weltordnung und dem daraus folgenden Verlust an strategischer Perspektive noch nicht wieder erholt. Leider. Denn die Bedrohungen durch Kriege – schmutzige und konventionelle, staatliche und bandenmäßige – durch diktatorische Regimes, die allesamt durch ökonomische und militärische Alimentierung der imperialistischen Großmächte am Leben gehalten werden, und durch neue Aufrüstungsorgien mit Massenvernichtungswaffen,

von denen jede einzelne die Welt auslösen kann, nehmen nach wenigen Jahren ganz leichter Entspannung wieder massiv zu.

Und trotz alledem versinkt die LINKE eher in Selbstmitleid. Sie scheint vor dem Vormarsch der Rechten zu kapitulieren und sieht nur noch den „Rechtsruck“. Die nicht wenigen Kräfte in der LINKEN, die von einer friedlichen Gemeinschaft der Klassenzusammenarbeit träumen, die in sozialdemokratischer Weise „Versöhnen“ wollen, wo Unversöhnlichkeit auf der Tagesordnung steht, sind ratlos und verfallen fast in Esoterik, wenn sie immer wieder rufen „Rot-Rot-Grün!“, um ein schnödes Bündnis mit den in den Kapitalismus vernarrten GRÜNEN und der SPD zu fordern.

Tausende von parlamentarisch tätigen LINKEN oder solchen Mitgliedern zuarbeitende Genoss\*innen rufen verzweifelt „LINKS wirkt“, ohne zu sehen, dass 13 Monate außerparlamentarische Bewegung „Fridays for Future“ und deren Begleitkommandos zigfach mehr wirken als 13 Jahre LINKE in den Parlamenten. Das Verhältnis zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit der LINKEN ist in schwerer Schiefelage, und deshalb sind es auch die Perspektiven und Erwartungen der LINKEN, wie es weiter gehen könnte.

## **Die Stellvertreter\*innenpolitik beenden**

Um der gesellschaftlichen Situation ein wenig gerechter zu werden, ist die wichtigste Aufgabe einer linken Partei, diese oben umrissenen realen gesellschaftlichen Konflikte und Bewegungen politisch zusammenzuführen. Dazu ist es selbstverständlich erforderlich, dass die LINKE praktisch Teil dieser Kämpfe wird, dass sich jedes einzelne Mitglied daran beteiligt. Das ist längst nicht der Fall. Im Gegenteil sieht die Wirklichkeit heute so aus: Der Großteil der Mitglieder bleibt diesen realen Bewegungen und Kämpfen fern und sieht sie entsprechend nur im Fernsehen oder auf dem Handy. Viele der in der Parlamentsarbeit verstrickten Genoss\*innen haben schon aus Zeitgründen, aber teilweise auch als Selbstverständnis, nur die Absicht, kurz aufzukreuzen, ein Bild mit sich und den Aktiven für die Homepage zu knipsen und dann zur nächsten Sitzung abzurutschen. Ein solches Verhalten wird zu recht „Elend der Stellvertreter\*innenpo-

litik“ genannt. Das muss ein Ende haben. Wenn sich die LINKE nicht vorrangig als aktive Bewegungspartei versteht und weiterhin so viel Energie, Personal, Ressourcen und Zeit in parlamentarische Spielerei (oder sogar in die Erledigung der Regierungsgeschäfte des Kapitals) steckt, dann wird das alles nichts mehr.

Aber die organische und dauerhafte Mitarbeit in realen außerparlamentarischen Bewegungen durch die Mitglieder ist nur die erste Hälfte.

Die andere besteht in der politischen Zusammenführung all dieser Bewegungen und Widerstände. Der Kapitalismus lebt davon, als engmaschig vernetztes System all seinen Gegner\*innen Angst und Zurückhaltung dadurch einzujagen, dass er ihnen einbläut, alles hängt mit allem zusammen; wenn du nicht das ganze System änderst, dann bleibst du ohnmächtig. So richtig die Systemfrage ist, so falsch ist die Schlussfolgerung, dann machen wir eben nur die Politik der kleinen Schritte und Teilerfolge, alles andere blenden wir aus (oder, wenn wir Spitzenfunktionär\*in sind: Reden nur noch in den Sonntagsreden davon). Die richtige Schlussfolgerung ist, in den täglichen Auseinandersetzungen die Systemfrage zu entdecken und zu stellen; dem System des Kapitalismus das eigene, alternative System entgegenzustellen. Für die LINKE ist diese Alternative tausendfach aufgeschrieben worden: Sie heißt Sozialismus, das heißt eine Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln; ohne Lohn- und andere Zwangsarbeit und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; mit umfänglichen Freiheitsrechten, umfänglicher als jede kapitalistische Gesellschaft zuvor, ohne Diskriminierung und mit gleichen Rechten für alle; eine Gesellschaft ohne Krieg und industrielle Gewalt und Gewaltmittel.

Die großen Jahrhundertthemen „Soziale Gerechtigkeit“ und „Frieden und Gewaltlosigkeit“ hat der Sozialismus ziemlich überzeugend und wissenschaftlich mit seiner Strategie der Überwindung des Kapitalismus als weltweite Produktionsweise beantwortet. Schon lange.

Dennoch scheut sich die LINKE fast pathologisch, eine fröhlich-empathische, freche und selbstbewusste Partei für den Sozialismus zu werden. In dreizehn Jahren gab es gerademal ein Plakat mit dem Ruf nach Sozialismus – und das dieses Jahr ausgerechnet in Sachsen, wo die LINKE ein gutes Jahrzehnt lang alles gemacht hat, sich vor den großen Fragen und den sozialistischen Lösungs-



Stop-Kohle-Demo Berlin, 2018- Foto: DIE LINKE (CC BY-NC-SA 2.0)

vorschlägen zu drücken, um bürgerliche Regierung in Wartestellung zu spielen. Da konnte so ein Plakat nur als missglückte Selbstironie verstanden werden.

Viele meinen, diese Zurückhaltung läge daran, dass der Sozialismus nach Stalin, DDR und alldem ein schlechtes, ein Loser-Image hat. Das ist richtig, das liegt aber nicht am Sozialismus, sondern eben an Stalin, DDR und alldem. Aber das lässt sich doch konkret erläutern und diskutieren – wenn mensch will. Und wichtiger noch: Das schlechte Image des Sozialismus bestimmt schon lange nicht mehr so sehr das Bewusstsein der Vielen, wie es das taktische Verhalten, das Zaudern und Verzweifeln der linken Funktionäre von heute noch prägt. Alles hausgemachtes Elend also: Die Stellvertreter\*innenpolitik und die Angst vor dem Sozialismus.

Trotzdem reicht der Sozialismus heute nicht aus, um all die widerständigen Bewegungen gegen den Kapitalismus politisch zusammenzufassen. Es ist ein neues Jahrhundertthema dazugekommen, dessen zerstörerisches Potenzial ähnlich groß ist wie das von Krieg oder

das von ökonomischer Ausbeutung und Ungleichheit: Die Zerstörung der Biosphäre – Klima, Boden, Luft, Wasser, Artenvielfalt – durch die normale kapitalistische Produktion. Der Zwang zum Wachstum der Profite, die Konkurrenz und die unaufhaltsame Tendenz des Kapitalismus, vorgefundene natürliche, historische, kulturelle Zusammenhänge zu parzellieren und sie unter dem Diktat des Privateigentums neu zu zentralisieren und zu konzentrieren, wobei alle nicht für den Profit verwertbaren Dinge externalisiert werden – all das ist der kapitalistischen Produktionsweise innewohnend und kann nicht wegverhandelt werden. Auch nicht mit einem grünen New Deal. Was früher nur einzeln thematisiert wurde, haben die letzten fünfzig Jahre weltweit offenbart: Der Kapitalismus tötet, vertreibt, erzeugt Ungleichheiten und schafft neue Kriegsgründe auch durch die Zerstörung der Biosphäre. Sieben und mehr Milliarden Menschen auf der Welt sind in jeder Produktionsweise die größte Bedrohung für einen Erhalt der Biosphäre. Unter kapitalistischen Bedingungen ist diese Be-

drohung aber halt- und grenzenlos. Und immer gilt: Die von sozialer Ungleichheit und Ausbeutung Betroffenen sind auch die ersten und zahlreichsten Opfer vom Krieg und von der Zerstörung der Biosphäre.

Wenn Marx, Engels und ihre Zeitgenoss\*innen mit bis heute gültiger wissenschaftlicher Genauigkeit analysiert haben, wie die soziale Ungleichheit und Ausbeutung im Kapitalismus funktionieren und als organisatorisch-politische Antwort die Bildung einer sozialistischen oder kommunistischen Internationale in Angriff genommen haben; wenn Lenin, Luxemburg und ihre Zeitgenoss\*innen den furchtbaren Ersten Weltkrieg und Kriege allgemein als systemisches und bis heute gültiges Ergebnis des Kapitalismus analysierten und eine Neubegründung der kommunistischen Internationale als Friedensinternationale forderten und organisierten; so können wir heute die Klimakatastrophe und die Zerstörung der Biosphäre als systemisches Ergebnis des Kapitalismus analysieren und die Basis für eine weitere neue Begründung der sozialistischen

oder kommunistischen Internationale liefern. Nach Sozialismus und Kommunismus bietet sich auch dafür ein neuer Begriff an, um die neue Qualität des zerstörerischen Potenzials des Kapitalismus und die Notwendigkeit einer weltweiten koordinierten Antwort der Arbeiter\*innenklasse zu demonstrieren. Der Begriff Ökosozialismus ist dafür ein guter Vorschlag. Mit diesem Begriff müssen die politischen Debatten und strategischen Ausrichtungen in den sozialen Bewegungen vorangetrieben werden.

### **Bewegungspartei – bewegte Partei, aber richtig**

Wenn die LINKE oder ihre Landes- und Kreisverbände eine Kampagne zur Mitgliederentwicklung machen, dann heißt die zentrale Parole stets: „Komm zu uns, wir brauchen dich“. Das ist die Ansprache einer auf Wahlkämpfe und Parlamentsarbeit fixierten Partei, die ihre Mitgliedschaft nur als Kulisse für Parlaments- und -Sonntagsreden benötigt, und als Verteiler\*innen für bunte Hochglanzbroschüren, die in einer imaginierten Konkurrenzschlacht zu anderen papierproduzierenden Parlamentsparteien erzeugt werden. Diese Ansprache ist im besten Fall moralisch und immer nicht links.

Der umgekehrte Anspruch kommt einer linken Politik schon viel näher: „Komm zu uns, du brauchst die linke Partei“. Es ist die große Aufgabe linker Politik diese Realität jeden Tag zu begründen und zu belegen – in der Praxis. Jedem einzelnen der 63.000 Mitglieder muss die Partei als nützliches Instrument in seinem oder ihrem eigenen Umfeld und den daraus abgeleiteten Interessen und Erwartungen vermittelt werden.

Das ist „Politik in der ersten Person“. Die LINKE hat – wie es schon im kommunistischen Manifest heißt – keine besonderen Interessen gegenüber den Vielen. Sie organisiert deren Interessen und bereitet Widerständigkeit und Kämpfe darum vor. Deshalb muss sich die LINKE nicht in „Mittwochkreisen“ (oder wie immer sie heißen) zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit und Fraktionen organisieren, sondern dort, wo die Menschen leben und arbeiten: Im Stadtteil, in Betrieben, Schulen und Universitäten. Die gesamte Politik einschließlich der parlamentarischen Initiativen und der bunten Flyer müssen eng an diesen lokalen Notwendigkeiten

ausgerichtet werden. Deshalb liegt der Schwerpunkt der politischen Arbeit der LINKEN in der Kommune – nicht wegen der Bedeutung irgendwelcher Räte und Gremien der parlamentarischen Scheindemokratie auf kommunaler Ebene.

### ***„Komm zu uns, du brauchst die linke Partei“***

Der bürgerliche Parlamentarismus ist nicht das letzte Wort einer demokratischen Beteiligung der Vielen. Er ist sogar in vielfacher Hinsicht eine Scheindemokratie und bewusste Desorientierung der Menschen bei der Vertretung ihrer Belange. Die das tägliche Leben der Menschen bestimmenden Dinge und die kollektive Wahrnehmung ihrer Interessen kommen im Parlament nicht oder nur sehr verzerrt zum Ausdruck. Direkte Demokratie und demokratische Selbstverwaltung, dort wo die Menschen leben und arbeiten, ist eine bessere Variante. Die in der Geschichte als sozialistische Räteform bekannte Form der Selbstverwaltung sollte auch für die LINKE Richtschnur sein.

Dennoch ist es notwendig und sinnvoll, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen. Linke Strömungen, die das verneinten, haben große Chancen verpasst und waren zurecht nicht dauerhaft erfolgreich. Aber Vorrang müssen die Mitgliederstrukturen und deren Weiterentwicklung haben. Dort – vor allem auf kommunaler Ebene – wo die LINKE keine oder zu wenig Mitglieder hat, sollte auch nicht zu Parlamenten oder Stadträten kandidiert werden. Denn es gilt fast ausnahmslos: Mit Wahlkämpfen und parlamentarischen Erfolgen wird keine linke, antikapitalistische Kraft aufgebaut. Es können im besten Fall, die zuvor erreichten Erfolge durch Wahlkämpfe und Parlamentsarbeit gefestigt werden.

Deshalb muss die LINKE ihre wachsende und unkontrollierte Verstrickung in die Parlamentsarbeit begrenzen. Wer zehn oder mehr Jahre hauptberuflich im Parlament arbeitet, der oder die wird ein anderer Mensch als zuvor. Die politische Wahrnehmung ist eine komplett andere, die Eigeninteressen zum Erhalt dieser privilegierten Stellung nehmen immer mehr zu. Alle materiellen Privilegien von Abgeordneten müssen transparent sein und strikt auf das Niveau begrenzt wer-

den, was auch die normalen Mitglieder haben.

Die LINKE sollte alle parlamentarischen Ämter zeitlich auf maximal zwei Legislaturperioden begrenzen, politisch gesünder wären sogar vier oder fünf Jah-

re von nur einer Legislaturperiode, was Regelfall sein sollte.

In der LINKEN dominieren die Mandatsträger und die Mitarbeiter\*innen in den Apparaten von Fraktionen und Partei heute immer mehr die Kreisvorstände, Landesvorstände, die bundesweiten Leitungsgremien und die Delegierten zu Parteitag. Damit muss Schluss sein. Die sich jeden Tag ehrenamtlich und in den Parteistrukturen einbringenden Mitglieder müssen die entscheidenden Kräfte in der Partei sein. Um ihre Interessen und nur um ihre muss es gehen. Eine harte Trennung von Amt und Mandat sollte für die LINKE eine Selbstverständlichkeit werden.

Ein großes Problem – gerade auf lokaler und Landesebene – ist in der LINKEN auch ein weiteres Grundübel, was zu Anpassung, Erstarrung und Bürokratisierung schon vieler linker Parteien geführt hat: Die Ämterhäufung. Auch die muss strikt begrenzt und politisch in der Erziehung der Mitglieder geächtet werden.

Die LINKE hat durchaus eine gute Zukunft auch im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Aber es muss dafür einiges getan und einiges korrigiert werden. Wann? Jetzt!



# REBELLISCH UND SOZIALISTISCH

von Lucy Redler

Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen, meinte Helmut Schmidt. Churchill wird das Zitat zugeschrieben, demzufolge jemand, der mit vierzig noch Sozialist\*in sei, keinen Verstand habe. 2019 bin ich vierzig geworden, erfreue mich geistiger Gesundheit als Sozialistin und sehe darin einen guten Anlass, meine Vorstellungen im Rahmen der bundesweiten Strategiedebatte zu formulieren. Was kann DIE LINKE 2020 tun? Ein paar – unvollständige – Gedanken und Anregungen zur gemeinsamen Revolutionierung der Partei.

## Januar

DIE LINKE startet mit einem gemeinsamen Neujahrsauftakt von Partei und Fraktion, bei dem Aktivist\*innen von Aufständen aus Chile, Iran, Irak, Hongkong und Bolivien zu Wort kommen und mit ihnen eine internationale Strategie gegen Kapital und Repression diskutiert wird. Das eingesparte Geld für den Extra-Jahrsauftakt der Fraktion wird den Bewegungen in diesen Ländern gespendet.

DIE LINKE beteiligt sich am Treffen der Initiative zur Vernetzung einer kämpferischen Gewerkschaftslinken am 20./21. Januar in Frankfurt/Main.

## Februar

Die Landesverbände organisieren Ratschläge zum Mietendeckel und zur Enteignung von Vonovia und Co. DIE LINKE Hamburg und Bayern integrieren dies in bewegungsorientierte Wahlkämpfe. DIE LINKE Berlin startet eine große Aufklärungskampagne zum Mietendeckel und den Lügen der Immobilienkonzerne.

Beim politischen Aschermittwoch der LINKEN in Bayern steht die Maut-Korruption von Verkehrsminister Scheuer (CSU) im Zentrum. Die Redner\*innen fordern Scheuers sofortigen Rücktritt und seine persönliche Haftung. Sie präsentieren die Eckpunkte einer grün-sozialistischen Verkehrspolitik und verbinden dies mit einer Kundgebung vor der CSU-Zentrale.

DIE LINKE bringt zur Strategiekonferenz 29.2./1.3. 400 Mitglieder der Basis zusammen und diskutiert über die politische, ökonomische und ökologische Krise, innerimperialistische Spannungen, neue Kriege, den Zulauf für die AfD, mögliche Angriffe im Rahmen einer nächsten Krise und die daraus abgeleiteten Aufgaben der LINKEN. Sie lädt Aktive aus Kliniken, Mieteninis, Klimabewegung, antirassistischen Bündnissen, Frauen\*kampftag und Gewerkschaften ein. Aus diesen Diskussionen leitet sie ab, welche Aufgaben der LINKEN, ihren Abgeordneten und dem Apparat zukommen. Sie bespricht, wie sie diese Kampagnen nutzt, um sozialistisches Bewusstsein in der Gesellschaft zu verankern. Konkretes Ergebnis der Konferenz ist, dass jeder Kreisverband die Kampagnen zu Wohnen und Pflege vor Ort umsetzt.

Ein weiteres zentrales Thema ist die Stärkung der innerparteilichen Demokratie und die Herstellung des Primats der Partei gegenüber der Fraktion.

## März

DIE LINKE beteiligt sich an der Mobilisierung zum Frauen\*streiktag. Sie erklärt, warum der Kampf für Frauen\*rechte auch im Interesse von Männern aus der Arbeiter\*innenklasse und warum der Antisexismus der LINKEN antikapitalistisch ist. DIE LINKE ist mit eigenen Lautsprecherwagen vor Ort und lässt Frauen aus Rojava, Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu Wort kommen.

*Lucy Redler ist aktiv im Kampf für mehr Personal im Krankenhaus und für die Enteignung von Deutsche Wohnen & Co, Mitglied des Parteivorstands, Bundessprecherin der AKL, aktiv im Bezirksverband DIE LINKE Neukölln und in der SAV.*

Die Zeichen in der Autoindustrie und bei den Zulieferern stehen auf Stellenabbau und Werksschließung. DIE LINKE nimmt die Tarifrunde der Kolleg\*innen in der Metall- und Elektroindustrie zum Anlass, um die Forderungen und Aktionen der Kolleg\*innen zu unterstützen und offensiv die Konversion und Vergesellschaftung der Autoindustrie bei Erhalt aller Arbeitsplätze und geltenden Tarife zu fordern.

## April

Bei der bundesweiten Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz werden die Erfahrungen der Ratschläge zur Mietpolitik in eine bundesweite Strategie gegossen. Unter Beteiligung von Beschäftigten in Krankenhaus und Altenheimen wird diskutiert, an welchem Punkt die ver.di-Entlastungskampagne steht, welche Erfahrungen mit den Deep Organizing- und Whole-Worker-Ansätzen gemacht wurden, welche politischen Vorschläge DIE LINKE unterbreitet und wie eine starke gewerkschaftliche Linke aufgebaut werden kann. Ein bundesweiter Pflegeratschlag wird für Oktober vorbereitet.

Die neuen Fraktionsvorsitzenden besuchen die politischen Gefangenen in Katalonien und der Türkei und beteiligen sich an mehrtägigen Kundgebungen vor den Gefängnissen und dem Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos.

## Mai

DIE LINKE nutzt den Maifeiertag, um in einer Pressemitteilung anzukündigen, dass der Parteivorstand dem Parteitag vorschlägt, alle Abgeordnetengehälter auf ein Gehalt der mittleren Entgeltstufe im öffentlichen Dienst bzw. von Automobil-Facharbeiter\*innen zu begrenzen. Dieser Vorschlag dominiert die politischen Debatten unter Kolleg\*innen bei den DGB-Demos.

DIE LINKE beteiligt sich im Rahmen der Pflegekampagne mit Aktionen am Tag der Inklusion am 5. Mai und/oder dem Tag der Pflege am 12. Mai.

Die Bundestagsfraktion führt am 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes, eine Veranstaltung zu Artikel 15 durch und stellt die Vorschläge der LINKEN zur Enteignung von Vonovia und Co vor.

## Juni

DIE LINKE mobilisiert an der Seite der Bündnisse für mehr Personal im Krankenhaus zu den Protesten gegen die Gesundheitsministerkonferenz und Spahns Politik in Berlin.

Der Bundesparteitag beschließt Eckpunkte für die Arbeit der Bundestagsfraktion: Alle Mandatsträger\*innen erhalten neben der Erstattung ihrer sich aus dem Mandat ergebenden Extra-Ausgaben als Gehalt „nur noch“ einen durchschnittlichen Facharbeiter\*innenlohn. Die darüber hinausgehenden Beiträge werden an soziale Bewegungen, internationale Bündnispartner\*innen und den Parteaufbau gespendet.

Dazu folgt eine Plakatkampagne unter dem Motto: „DIE LINKE: Die einzige nicht käufliche Partei. Unsere Abgeordneten verdienen nicht mehr als ein durchschnittliches Arbeitnehmer\*innen-Gehalt.“ In Umfragen gewinnt DIE LINKE drei Prozentpunkte dazu.

Die neu gewählten Parteivorsitzenden kündigen an, 2021 nicht für den Bundestag zu kandidieren und schließen sich der Forderung von Trennung von Amt und Mandat für den neuen Parteivorstand an.

Der Parteitag diskutiert unter Ausschluss der Medien eine Bilanz der Arbeit der rot-rot-grünen Landesregierungen und beschließt Eckpunkte, zu denen die Arbeit zugespitzt fortgesetzt oder perspektivisch beendet werden soll. Dies wird durch Landesparteitage in den betreffenden Ländern konkretisiert. Die Eckpunkte sind u.a.: Die Weigerung, die Schuldenbremse umzusetzen, Ablehnung jeglicher Privatisierungen und Kürzungen, Rekommunalisierung privatisierter Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge, Stopp aller Abschiebungen, Gesetze zur bedarfsgerechten landesweiten Personalbemessung im Krankenhaus, Gesetze zu Mietendeckel, Mietsenkung und Enteignung der Immobilienkonzerne, Einführung der 35-Stunden-Woche im Öffentlichen Dienst bei vollem Lohn und Personalausgleich, Einführung des Nulltarifs im ÖPNV, Auflösung der Landesämter für Verfassungsschutz.

Der Parteitag diskutiert über Programm und Strategie der Partei zum sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, der Vergesellschaftung und Konversion der Autoindustrie und beschließt ein Tempolimit von 30/80/120, ein Konzept für den Nulltarif im Nahverkehr, eine Kampagne zur

Enteignung der Klimakiller und entwirft eine Vision einer sozialistischen, ökologischen Demokratie. Der Parteitag erteilt dem Konzept einer CO2-Steuer eine Absage und richtet eine Arbeitsgruppe aus Kolleg\*innen aus der Autoindustrie, linken Gewerkschafter\*innen der IGM, Naturwissenschaftler\*innen und Umweltverbänden ein, um über Alternativen zu Verbrennungsmotor und E-Auto zu diskutieren.

Die Beschlüsse bestimmen tagelang die öffentliche Debatte und Talkshows. Claus Wagner und Max Uthoff rufen öffentlich dazu auf, in DIE LINKE einzutreten

## Juli

Im Juli startet die Tarifrunde TV-N (Nahverkehr). DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Kolleg\*innen und bringt die Forderung nach Nulltarif im ÖPNV prominent in die Debatte ein. Die Fraktionen bringen Anträge in ihren Landesparlamenten ein mit dem Ziel, Kommunen die Erhebung einer Nahverkehrsabgabe von Unternehmen zu ermöglichen. Die Partei beteiligt sich an lokalen Bündnissen für den Nulltarif und ruft die Mitglieder auf, sich an gemeinsamen Schwarzfahr-Aktionen zu beteiligen (massenhaft in Wellen, vernetzt über Social Media). Für den Fernverkehr schlägt DIE LINKE vor: Die BahnCard 100 soll es nicht nur für Bundestagsabgeordnete, sondern kostengünstig für alle geben. Statt den Kauf eines E-Autos durch Bund und Hersteller mit 4000 Euro zu subventionieren, wird dieses Geld für eine kostengünstige BahnCard 100 bereitgestellt.

## August

Eine Senatorin der LINKEN geht für einen Monat ins Gefängnis, weil sie einen Abschiebeflug blockiert hat.

## September

Zum Start der Tarifrunde Bund und Kommunen ist jeder Kreisverband aktiv beim Warnstreik dabei. Die BAG Betrieb und Gewerkschaft gibt eine Zeitung für Kolleg\*innen von Kolleg\*innen im Streik heraus. DIE LINKE NRW verbindet ihren Kommunalwahlkampf mit der Auseinandersetzung.



Zum 20. Jahrestag des ersten Mordes des NSU an Enver Simsek unterstützt DIE LINKE antirassistische Initiativen, Organisationen von Migrant\*innen und Gewerkschaften dabei, einen öffentlichen und demokratischen Untersuchungsausschuss einzurichten, um die bis dato nicht erfolgte Aufklärung zu erzwingen. Als erste Zeugen werden der ehemalige hessische Innenminister Bouffier, alle Spitzenbeamten des hessischen Verfassungsschutzes und Andreas Temme vorgeladen. Die Verhandlungen werden live gestreamt.

## Oktober

Fraktion und Partei führen einen bundesweiten Ratschlag mit dreihundert Kolleg\*innen aus Krankenhäusern, Altenheimen und häuslicher Assistenzpflege zur Pflegekampagne durch. Die Ergebnisse des Ratschlags werden in allen Landes- und Kreisverbänden in Bezug auf ihre konkrete Umsetzung diskutiert.

## November

Der Bundesausschuss beschließt Kriterien zur Aufstellung der Landes-

listen zur Bundestagswahl. Neben der Frauenquote wird als Vorschlag an die Vertreter\*innenversammlung 2021 eine Lohnabhängigen-Quote beschlossen, um in der Fraktion die eigene Klasse stärker abzubilden.

## Dezember

DIE LINKE verteilt Wiederaneignungs-Adventskalender: Hinter jedem Türchen wird ein konkretes Projekt der Wiederaneignung von Zeit, Würde, Rechten und Eigentum der Arbeiter\*innen und ihrer Familien präsentiert.

Zusammen mit unabhängigen linken Medienschaffenden startet DIE LINKE einen Youtube-Nachrichten-Kanal, der zunächst wöchentlich und später täglich über soziale Kämpfe im In- und Ausland berichtet.

## Feedback erwünscht:

Ihr seid der Meinung, dass sei alles zu viel auf einmal? Es geht in meinem Vorschlag weniger darum, all dies genau so umzusetzen, sondern um eine Vision, was die Partei mit einer anderen Strategie erreichen könnte. Wie sähe die Arbeit einer Partei aus, für die der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ein in täglichen Kämpfen verankertes Ziel ist und nicht nur ein papierernes Bekenntnis?

Anregungen, Ideen und Kritik an: [lucy.redler@die-linke.de](mailto:lucy.redler@die-linke.de)





# KAPITALISMUS BEDEUTET KLIMA- UND UMWELTZERSTÖRUNG

von Tim Fürup und Katja Sonntag

Im dritten Band von Karl Marx' Werk „Das Kapital“ können wir lesen:

„SELBST EINE GANZE GESELLSCHAFT, EINE NATION, JA ALLE GLEICHZEITIGEN GESELLSCHAFTEN ZUSAMMENGENOMMEN, SIND NICHT EIGENTÜMER DER ERDE. SIE SIND NUR BESITZER, IHRE NUTZNIESSER, UND HABEN SIE ALS BONI PATRES FAMILIAS (GUTE FAMILIENVÄTER) DEN NACHFOLGENDEN GENERATIONEN VERBESSERT ZU HINTERLASSEN.“ (MEW 25: S. 784)

Diese Zeilen wurden mit großer Weitsicht verfasst, wenn wir uns die katastrophalen Ausmaße der derzeitigen klimatischen und ökologischen Veränderungen der letzten zweihundert Jahre betrachten (siehe Infobox). Aktuell sind wir nämlich weit davon entfernt, die Erde in verbessertem Zustand an nachfolgende Generationen weiterzugeben. Obwohl Marx keine strukturelle und in sich geschlossene Analyse zum Verhältnis von Umweltzerstörung und kapitalistischer Produktionsweise ausgearbeitet hat, können wir dennoch viele hilfreiche Argumente zur Erklärung der Unvereinbarkeit von wirksamen Kli-

maschutz und der herrschenden Wirtschaftsweise bei ihm finden.

## Zerstörerische Kapitallogik

Sinn und Zweck der Produktion im Kapitalismus ist die Profitmaximierung. Kapital von Unternehmen und Konzernen soll sich rastlos, immer schneller und ohne Grenzen vermehren. Die Bedürfnisse der Menschen - z.B. nach existenzsichernden Löhnen, einer eigenen Wohnung oder einer sauberen Umwelt - sind dem Zweck der Kapitalakkumulation untergeordnet; sie werden nur befriedigt, sofern eine zahlungsfähige Nachfrage vorliegt. Es ist in dieser Gesellschaftsformation kein Zufall, dass jeder neunte Mensch auf der Welt an akuter Unterernährung leidet und gleichzeitig rund ein Drittel aller Lebensmittel weggeworfen werden.

Der Kapitalismus als System kann nicht ressourcen- und energieschonend organisiert werden - andernfalls würde das Wachstum gehemmt: das Kapital muss hungrig auf Verwertung

*Katja Sonntag ist in der AKL Niedersachsen aktiv, Tim Fürup ist Bundesgeschäftsführer sowie Mitglied des Bundessprecher\*innenrates der AKL.*

des Wertes sein, es braucht immer mehr Produkte und damit einen immer größeren Ressourcen- und Energieverschleiß. Der Raubbau an der Natur kann nur mit dem Bruch dieser Logik beendet werden.

Alle Akteure einer Gesellschaft sind über die Konkurrenz den Gesetzmäßigkeiten der Verwertung unterworfen: Unternehmer\*innen und Manager\*innen sind gezwungen profitabel zu agieren, Gier oder moralisches Fehlverhalten spielen dabei keine Rolle (obwohl diese Merkmale im Kapitalismus sicherlich nicht hinderlich sind), Rücksicht auf natürliche Grenzen kann dabei in erster Linie nicht genommen werden. Durch den internationalen Wettbewerb müssen Staaten (als ideeller Gesamtkapitalist) die Bedingungen zur Kapitalakkumulation für Konzerne möglichst optimieren, damit diese in den jeweiligen Standort investieren, was wiederum das Bruttoinlandsprodukt hebt. Schließlich müssen Arbeiter\*innen ihre Arbeitskraft am Markt verkaufen, um überleben zu können.

Für das Klima bedeutet dies, dass Kapitalist\*innen nur dann dazu neigen, in grüne Technologie oder fossil-freie Energien zu investieren, wenn dies rentabel erscheint. Maßnahmen zum Umweltschutz sind häufig mit Kosten verbunden, die die Profitraten sinken lassen. Dass Kapitalist\*innen auf kurzfristige Gewinne orientieren müssen, steht allzu oft im Widerspruch dazu, eine Branche ökologisch umzugestalten. Staaten setzen in der Regel dann hohe Umweltstandards durch, wenn dies dem eigenen Standort Vorteile verschafft. Die Einsicht darin, dass Umweltzerstörung auf eigenem Boden ein Wettbewerbshemmnis sein kann, veranlasst viele Regierungen der Industrienationen dazu, umweltschädliche Produktion ins Ausland zu verlagern. Es ist auch kein Zufall, dass die bisherigen Weltklimagipfel außer vollmundigen Verkündungen bezüglich des Umwelt- und Klimaschutzes fast ohne Wirkung geblieben sind. Industrienationen wie Deutschland bleiben weit hinter ihren eigenen Klimazielen zurück. Es ist bezeichnend, dass in Zeiten der wirtschaftlichen Stagnation bzw. Rezession sich Klimazerstörung in Grenzen hält. In diesen Phasen haben Unternehmen weniger Aufträge, dies bedeutet weniger Material- und Energieverbrauch, weniger Transport, aber das heißt für die Arbeiter\*innen auch Angst um ihre Arbeitsplätze und damit um ihre Le-

bensgrundlage zu haben, denn ohne Wirtschaftswachstum sind Firmen gezwungen Stellen zu streichen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Stellt sich jedoch ein sattes Wirtschaftswachstum wieder ein, steigen in der Tendenz Umweltbelastung, aber auch die Anzahl der Arbeitsplätze. Damit ist ein Dilemma skizziert: im Kapitalismus haben Arbeiter\*innen ein Interesse daran, dass das Unternehmen wirtschaftlichen Aufschwung genießt, dies geht häufig zu Lasten der Natur. Im Bereich der Energiegewinnung durch Kohle schafft es das Kapital sogar, durch die drohende Streichung der Arbeitsplätze, die Arbeiter\*innen und Gewerkschaften für sich einzuspannen. Der notwendige Umbau auf regenerative Energieerzeugung verzögert sich und wird immer teurer, während Arbeiter\*innen und Gewerkschaften oftmals gemeinsam für die Erhaltung der Kohlesparte kämpfen, obwohl klar sein sollte, dass auf einem toten Planeten mit Kraterlandschaften und zerstörten Ökosystemen keine Arbeitsplätze mehr existieren können.

Wir meinen, dass sich dieser Widerspruch auf lange Sicht im Kapitalismus nicht auflösen wird. Auf den Staat ist (auch beim Klimaschutz) kein Verlass. Er kann zwar durch ordnungspolitische Maßnahmen Umweltzerstörung national eingrenzen, in diesem Fall verlagert sich die dreckige Produktion in die Länder des Trikont - da sind die Ausbeutungsraten sowieso am günstigsten. Klimapolitisch betrachtet ist damit also nichts gewonnen.

### **Grün, grün, grün sind alle meine Kleider**

Auf die Frage, ob es einen grünen Kapitalismus geben kann, stellen wir fest: Der Kapitalismus schafft durch seine zerstörerische Produktionsweise ökologische Probleme und hat nur dann ein Interesse daran, sie zu lösen, wenn sich dadurch Profit erwirtschaften lässt. Die Klimakrise ist kein Irrtum der Kapitalist\*innen, denn sie erwächst aus der Strukturlogik der kapitalistischen Produktionsweise (wie oben angedeutet). Vermeintlich grün wird der Kapitalismus immer dann, wenn er sich dadurch weiter ausbreiten kann. Grün, vegan und nachhaltig zu sein ist momentan im Trend und somit finden sich auch diesbezüglich eine Menge Angebote in den Kaufhäusern. Dennoch ist

es schlicht unrentabel, Produkte herzustellen, die eine hohe Haltbarkeit besitzen oder leicht reparabel sind. Unter dem Stichwort „geplante Obsoleszenz“ werden Geräte hergestellt, die eine verringerte Lebensdauer besitzen. Dabei werden Sollbruchstellen in die Geräte eingebaut, damit die Wahrscheinlichkeit steigt, dass diese kurz nach dem Ablauf der Garantie defekt werden, so dass sich Verbraucher\*innen schneller neue Produkte anschaffen müssen. In der Mode werden durch hippe Neukollektionen Anreize zum Shopping gesetzt. Eine immer aggressiver werdende Marketingbranche bombardiert die Menschen im Dauerwerberhythmus und triggert so das Konsumverhalten an.

Es ist nicht vorstellbar, dass der fossile Kapitalismus sich ohne Weiteres in einen ökologischen verwandelt. Dazu bedarf es eines enorm großen Umbauprogramms, das mit den kurzfristigen Profiterwartungen der Konzerne nicht vereinbar ist. Des Weiteren müssten die Staaten über Steuergelder die Mittel bereitstellen, um ihre kompletten Infrastrukturen wie etwa die Energieversorgung oder das Verkehrswesen umzuwandeln. Dies wäre ein Mammutprojekt - ähnlich der wirtschaftlichen Umstellung nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Namen Fordismus, in der das Automobil die zentrale Stellung der Produktivkraftentwicklung zuteilwurde. Das ist mit extrem hohen Kosten verbunden und zugleich werden die erneuerbaren Energien die Wachstumsraten, die der Kapitalismus mit den fossilen erwirtschaftet hat (schließlich ist der Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise nicht ohne Grund eng mit der Entwicklung und Nutzung fossiler Energieträger verbunden), nicht erreichen können. Dies wird unweigerlich auf ein Schrumpfen der Weltwirtschaft hinauslaufen, wenn ein „Green New Deal“, wie es die prokapitalistischen grünen Parteien vorsehen, durchgesetzt werden würde, was im Widerspruch zu dem Grundprinzip des Kapitalismus steht. Ein weiteres Problem ist die zentralisierte Monopolstellung der Energiekonzerne im fossil geprägten Kapitalismus. Die Betreibung großer Kraftwerke erfordert enormen Kapitaleinsatz. Die eher dezentrale Nutzung erneuerbarer Energien wie Solarzellen scheint im Gegensatz zur derzeitigen Energiepolitik der Stromerzeuger zu stehen (auch wenn es Versuche seitens der Konzerne gibt regenerative Energien zu monopolisie-

ren, wie es beispielsweise mit großen Windparks offshore in der Ostsee passiert).

Der große Umbau der Energieversorgung hin zu grünem Strom bleibt aus (global gesehen könnten sich diesen Umbau nur die reichsten Volkswirtschaften leisten), auch weil die Bundesregierung mit ihrem Erneuerbare-Energien-Gesetz diesen Umbau auf wackelige Beine gestellt hat. Aus einer Kleinen Anfrage (Drucksachennummer 19/12129) der Partei DIE LINKE an die Bundesregierung geht hervor, dass, nachdem 2012 bis 2014 bereits ein Beschäftigungsabbau um ein Drittel in der Branche der erneuerbaren Energien stattfand – vor allem im Bereich der Photovoltaik-Technologie – sich nun auch die Windenergie-Branche im Krisenzustand befindet. Durch wegfallende Förderungen stehen Insolvenz, Kurzarbeit und weitere zahlreiche Entlassungen bevor. Allein zwischen 2016 und 2017 wurden hier 26.000 Arbeitsplätze gestrichen.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass Energiekonzerne versuchen, die letzten Reserven von Kohle, Öl oder Erdgas zu gewinnen und zu verfeuern: So ist erklärlich, dass beispielsweise Exxon Mobil oder Halliburton in das momentan noch relativ unwirtschaftliche Fracking investiert. Hier wird vereinfacht gesagt Erdgas, das in Gesteinsschichten tief in der Erde gebun-

den ist, mittels Druck und Chemikalien gelöst und zur Förderung gewonnen. Dieses Verfahren ist höchst umwelt- und klimaschädlich. Überlegungen wie diejenigen, die Meere zu düngen, damit sie mehr CO<sub>2</sub> aufnehmen können, oder ein Verfahren wie die CCS-Technologie (carbon dioxide capture and storage), also das Einfangen von CO<sub>2</sub>-Emissionen direkt am Kraftwerk, um sie dann unterirdisch zu lagern, verdeutlichen, dass einige Akteure ein großes Interesse daran haben, den Kohleausstieg zu verhindern.

In diesem Zusammenhang fällt bei der Argumentation vieler neoliberaler Politiker\*innen wie beispielsweise Christian Lindner eine enorme Technologiegläubigkeit auf: Sie setzen darauf, dass irgendein „Profi“ einen Klimawandel-Wandler in naher Zukunft erfinden wird, mit dem dann alles (insbesondere das Wirtschaftssystem) so bleiben kann, wie es ist. Es ist unverantwortlich mit Techniken zu rechnen, die momentan nicht vorhanden oder deren Folgewirkungen noch nicht erforscht sind. Ein weiteres Mantra der Neoliberalen: Die Steigerung der Energieeffizienz. Es ist nur leider so, dass die monetären Einsparungen, die durch die höhere Effizienz gewonnen werden, vermittelt über das Prinzip der Profitmaximierung weiter reinvestiert werden, so dass sich in der Regel ein noch höherer Verbrauch von Material und Energie als

Folgewirkung einstellt (Rebound-Effekt). Verbesserte Effizienz führt nicht selten zu Anreizen, die weiteren Energieverbrauch bedingen.

Alle diese Beispiele sollen zeigen: Der Kapitalismus kennt keine Grenzen, es sei denn die Erde ist völlig abgeschöpft und umgegraben. Es ist ebenso denkbar, dass um die letzten Ressourcen auf der Erde Kriege geführt werden – der Krieg im Irak war vielleicht nur ein Vorbote.

Wir wollen aber auch nicht verschweigen, dass fortschrittlichere Kräfte wie etwa die klassische Sozialdemokratie in der Tradition eines Karl Kautskys sich positiv auf Produktivismus und Wachstumssteigerungen bezogen haben, was mit Umwelt- und Klimaschutz nicht vereinbar ist. Auch dieser Logik müssen wir deutlich widersprechen.

## Klimakiller Krieg

Mit steigenden Meeresspiegeln und Temperaturen wird auch die Anzahl von Menschen, die vor Umweltkatastrophen fliehen müssen, zunehmen. In einer Studie aus dem Jahr 2014 von Greenpeace wird prognostiziert, dass in den kommenden 30 Jahren ca. 200 Mio. Menschen in Folge des menschengemachten Klimawandels aus ihrer Heimat fliehen müssen. Die Auseinandersetzungen um die bewohnbaren Teile

## Infobox

Seit der Industrialisierung – dem Einsetzen der kapitalistischen Produktionsweise – wurden so viel Emissionen freigesetzt, dass sich das Klima durch menschlichen Einfluss nicht nur gewandelt, sondern zu einer Klimakatastrophe verwandelt hat. Selbst wenn ab sofort die Emissionen auf null sinken – mit den Folgen des bisherigen Ausstoßes müssen die heute lebenden und kommenden Generationen in irgendeiner Form umgehen. Die Grenzen des Planeten sind bereits teilweise überschritten, wobei die Klimakatastrophe nur eine dieser Grenzen ist. Die Überschreitung der Grenzen führt zur Destabilisierung von Ökosystemen und gefährdet letztlich die Lebensgrundlage aller Lebewesen.

- Die Erwärmungen und Absenkungen der Temperaturen gab es natürlicherweise zwar schon immer, doch Klimaforscher\*innen konnten eine Veränderungstendenz feststellen, die über die natürliche Veränderungen hinausgeht. Dass durch Menschen ausgestoßene Treibhausgase dazu einen wesentlichen Beitrag leisten, ist nicht mehr ernsthaft zu leugnen. In den letzten 100 Jahren konnte einen Anstieg der Durchschnittstemperatur von ungefähr 0,8°C gemessen werden. Bis 2100 könnte ein Anstieg um bis zu 6,5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau stattfinden, wenn nichts gegen die aktuellen Tendenzen unternommen wird. Schon

bei einer Erhöhung von 2°C wird es zu Naturkatastrophen wie Jahrhundertfluten, Dürren und Wirbelstürmen kommen. Die Klimaforschung geht von Effekten aus, die sich selbst verstärken. Der neuste Bericht des IPCC hält sogar eine Beschränkung der Temperaturerhöhung auf 1,5°C für notwendig, da schon an diesem Punkt schwerwiegende Folgen zu erwarten sind, die nicht mehr rückgängig zu machen sind. Viele weitere planetare Grenzen sind teilweise schon überschritten oder drohen es bald zu sein.

- Es gibt einen signifikanten Verlust der Artenvielfalt, dessen Ausmaß und Auswirkungen noch nicht vollständig wissenschaftlich erfasst sind. Klar ist aber, dass mit einer schwerwiegenden Störung der Ökosysteme zu rechnen ist.

- Der hohe Eintrag von Phosphor und Stickstoff in biologische Kreisläufe, vor allem durch die Landwirtschaft, führt zu massiven Problemen. Phosphor bewirkt eine Sauerstoffverarmung der Ozeane, was zu einem Massensterben von Meereslebewesen führen kann. Stickstoff befeuert einerseits den Treibhauseffekt (Verbrennung fossiler Brennstoffe) und sammelt sich andererseits als Nitrat in Gewässern und Böden. Dort kann es in das für zahlreiche Organismen giftige Nitrit umgewandelt werden.

- Ozeane dienen zwar als Kohlenstoffsänke (direkte Lösung von CO<sub>2</sub> im Wasser, Wasserorganismen), allerdings „versauern“ die Ozeane durch die Zunahme des CO<sub>2</sub>-Ge-

der Erde scheinen vorprogrammiert, wobei die EU schon heute einen menschenfeindlichen Abschottungskurs fährt. Mit der Erhöhung der Rüstungsetats werden weitere Fluchtgründe geschaffen: Einerseits ist es der direkte Krieg, - in den werden Waffen immer ihren Weg finden - der Menschenleben bedroht, andererseits sind militärische Ausrüstung und Technologie extrem ressourcenintensiv. Eine Studie (IMI von 2019/02) belegt, dass Krieg und Militär mit weltweit 1,8 Billionen Dollar nicht nur viel Geld verbrauchen, sondern auch zu den größten Energie- und Ressourcenverbrauchern gehören. Allein die jährlichen 30.000 Starts und Landungen auf der Air-Base Ramstein setzen 1,35 Milliarden m<sup>3</sup> klimaschädliche Abgase frei.

Jeder Euro, der in Rüstung investiert wird, schafft also im doppelten Sinne Fluchtgründe. Der Kampf um endliche Ressourcen, die schon bald erschöpft sind, wird kommen - vor allem, weil bisherige Ansätze nicht zu einem sinnvollerem und nachhaltigerem Umgang mit ihnen geführt haben.

## **Götterdämmerung am Markt und individuelle Verantwortungslosigkeit**

Unser Fazit lautet: Der grüne Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich

- entweder ist er kein Kapitalismus oder er ist nicht grün. Dies kann an der Bearbeitung der Klimakrise durch die herrschende Politik ebenso abgelesen werden. Beispielsweise existiert seit vielen Jahren der Emissionshandel, der sich als relativ wirkungslos erwiesen hat. Über den Kauf von Zertifikaten werden Staaten oder Unternehmen einzelne Rechte auf Emissionen von Treibhausgasen zugewiesen. Dies ist als Recht auf Verschmutzung der Umwelt zu interpretieren. CO<sub>2</sub>-Emissionen wird marktvermittelt ein Preisschild angehängt. Sollte eine Nation nun weniger von ihrem Verschmutzungsrecht in Anspruch nehmen, kann sie dieses Recht einer anderen Nation verkaufen. Werden nun die Zertifikate nicht verringert (was momentan im Wesentlichen der Fall ist), werden die Emissionen lediglich auf der Weltkarte verschoben. Dass das Emissionshandelssystem auf europäischer Ebene komplett gescheitert ist, liegt vorwiegend an der großen Macht der Lobby der Wirtschaftsverbände, die in der Regel kein Interesse an hohen Preisen bei CO<sub>2</sub>-Zertifikaten haben.

Es verwundert auch nicht, dass finanzielle Unterstützung bei Aufforstungsprojekten über die REDD+-Programme (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation and the role of conservation, sustainable management of forests and enhance-

ment of forest carbon stocks in developing countries, auf dt. etwa „Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung sowie die Rolle des Waldschutzes, der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und des Ausbaus des Kohlenstoffspeichers Wald in Entwicklungsländern“) unwirksam geblieben ist (Wälder dienen als CO<sub>2</sub>-Senke). Die Abholzung und Nutzung von gerodeten Wäldern sind kurzfristig gesehen profitabler als die Auszahlungen über das REDD+, mit denen Initiativen zu Waldschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern belohnt werden sollen. Einen weiteren Versuch, die Klimakrise mit Marktinstrumenten zu richten, bildet die CO<sub>2</sub>-Steuer, die in der geplanten Höhe erstens zu niedrig ist, um überhaupt wirksam werden zu können und die zweitens trotzdem die sozialen Ungerechtigkeiten weiter verstärken wird.

Wir erwähnten, dass sich Umweltschutz nur dann realisieren lässt, wenn dies der kapitalistischen Systemlogik nicht widerspricht und weitere Profite ermöglicht. Das war beispielsweise bei der Lösung des Ozonproblems der Fall (siehe Infobox auf vorheriger Seite): Ausweichprodukte waren schnell marktreif und hinterließen keine Lücke, zudem wurde ein neuer Markt für die Ausweichprodukte geschaffen. Dass die USA sich ab diesem Punkt nun doch für FCKW-Verbote einsetzten, war dem Kapitalinteresse geschuldet, sich auf

halts. Durch das Absinken des pH-Werts werde viele Arten in Wachstum und Fortpflanzungsfähigkeit eingeschränkt. Gleichzeitig lösen sich durch die Versauerung Stoffe aus den Schalen und Skelettstrukturen vieler Tiere, die die Basis der Nahrungskette bilden. Die Erwärmung der Ozeane durch die allgemeine Erwärmung kann zur Freisetzung von CO<sub>2</sub>, das bisher in den Tiefen der Meere gespeichert war, führen. Hier entsteht ein Teufelskreis.

- Die Regenwälder sind als Grundlage für Artenvielfalt, aber auch als wichtiger CO<sub>2</sub>-Speicher unverzichtbar. Massive Abholzung und Brandrodung sind aber seit langer Zeit Realität.

- (Süß-)Wasserverbrauch stellt ein Problem dar. Zwar geht kein Tropfen Wasser verloren, allerdings kann Wasser unbrauchbar gemacht werden oder in so großem Maße entnommen werden, dass natürliche Kreisläufe unterbrochen werden. Zudem ist es auf der Welt nicht gleich verteilt und nicht gleich zugänglich. 2,1 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem, durchgängig verfügbarem Trinkwasser (WHO 2017: Progress on drinking water, sanitation and hygiene).

- Die atmosphärische Aerosolbelastung (Aerosol: heterogenes Gemisch aus festen oder flüssigen Schwebeteilchen in einem Gas) nimmt zu. Zwar gibt es natürliche Aerosole wie z.B. Pollen, Wüstenstaub und vulkanische Asche, doch

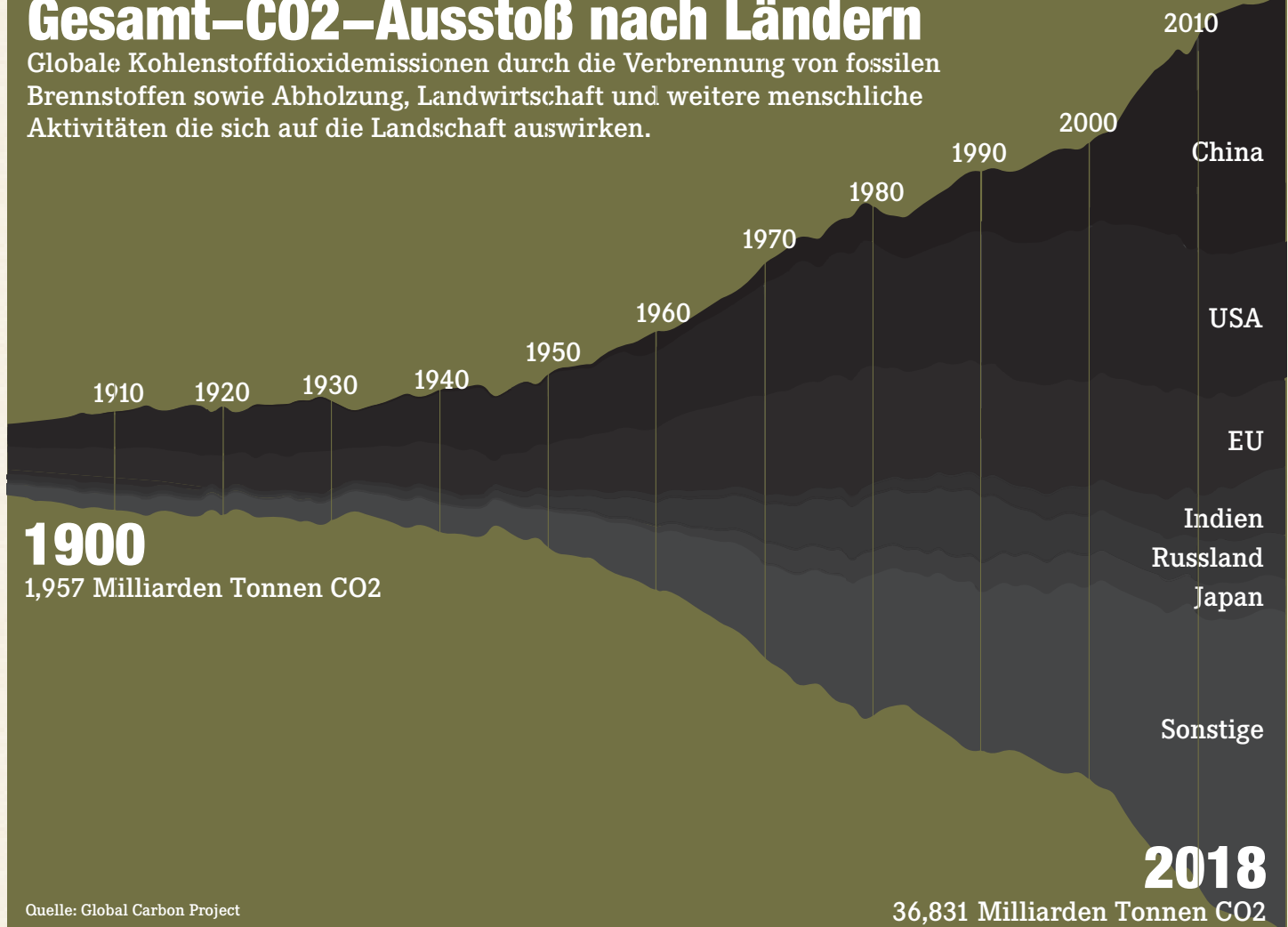
durch Menschen werden zusätzlich Rauch, Asche, Stäube und industriell hergestellte Nanopartikel eingebracht. Sie tragen zum Treibhauseffekt bei, beeinflussen aber auch die Gesundheit negativ (Atemwegserkrankungen).

- Ein zusätzliches und schwer abschätzbares Problem stellt die Einbringung neuartiger Substanzen dar, zu denen unter anderem radioaktive Abfälle, Schwermetalle und Mikroplastik zählen. Die Stoffe haben oftmals negative Auswirkungen auf die Gesundheit und stehen in Wechselwirkung mit anderen planetaren Grenzen. Beispielsweise ist bedenklich, dass große Mengen Mikroplastik freigesetzt werden, wobei ein Großteil durch den Abrieb von Autoreifen entsteht. Deutlich wird, dass der Umstieg auf E-Autos, der an sich viele hier nicht weiter ausgeführte Probleme mit sich bringt, das Problem des Abriebs nicht löst.

- Das Problem des Ozonabbaus ist die einzige kleine Erfolgsgeschichte in dieser Reihe. Ozon trägt eine lebenswichtige Rolle, da es in der Stratosphäre UV-Licht aus der Sonnenstrahlung filtert. UV-Licht schädigt die DNA und kann somit krebserregend wirken. Die Ozonschicht kann allerdings durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (Verwendung: Treibgas in Sprühdosen, Kühlmittel in Kühlschränken) geschädigt werden, was vor vielen Jahren bereits massiv der Fall war. Die Politik erzwang hier Reduktionen und Verbote, wodurch sich die Ozon-Schicht erholen konnte.

# Gesamt-CO<sub>2</sub>-Ausstoß nach Ländern

Globale Kohlenstoffdioxidemissionen durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen sowie Abholzung, Landwirtschaft und weitere menschliche Aktivitäten die sich auf die Landschaft auswirken.



dem neuen Markt eine dominante Rolle zu sichern. Dieses Anliegen war zwar erfolgreich, belegt aber nicht, dass der Kapitalismus Antworten auf die ökologischen Probleme hat.

Es ist viel eher bezeichnend, dass das Verursacherprinzip, welches besagt, dass der Konzern, der beispielsweise durch umweltschädliche Produktion Gewinne eingestrichen hat, auch die Folgekosten (z.B. Renaturierungsmaßnahmen) zu tragen hat, in der Regel keine Anwendung findet. Andersherum werden der Allgemeinheit diese Kosten übertragen: So geschah es bei der Frage nach der Finanzierung des Atomausstiegs und der damit verbundenen Endlagerung des Atommülls und so passiert es momentan wieder bei dem Kohleausstieg, die Konzerne zahlen einen lächerlich geringen Beitrag, der größere Restbetrag wird über Steuergelder beglichen.

Kurzum: Das Festhalten an Marktmechanismen zur Bewältigung der Klimakrise gleicht einem Gottesdienst: Wir glauben dran, also ist es wahr.

Zusätzlich propagieren Politiker\*innen und Kapitalist\*innen dazu, dass

durch kritischen Konsum und mehr Übernahme von individueller Verantwortung das Klima zu retten sei. Damit wälzt Politik ihre Aufgaben zur Bekämpfung der Klimakatastrophe auf einzelne Menschen ab, die beim Einkaufen, bei der Mobilität oder ihrem generellen Verhalten nur die richtigen Entscheidungen treffen müssten.

Wir meinen nicht, dass kritischer und ethisch sowie ökologisch korrekter Konsum falsch ist, er hilft aber in keinem Fall die Klimakrise zu beheben. Eher dienen solche Verzichts- und Verhaltensdebatten dazu, von der systemischen Verantwortung abzulenken, damit die Kapitalverwertung weitergehen kann wie bisher. Boykott von Firmen, die umweltschädliche Produkte herstellen, wird ebenso zum Scheitern verurteilt sein wie Divestment-Strategien (also der Abzug von Investitionen in Unternehmen, die auf fossile Energieträger setzen), wenn nicht grundsätzlich die Produktionsweise umgestellt wird.

Die kapitalistische Produktionsweise zeichnet sich - wie oben beschrieben - dadurch aus, dass für einen anonymen Markt produziert wird, auf dem

nicht gemeinschaftlich geplant sowie entschieden wird, was, wo und wie produziert wird, und diese Produktion hat eben auch nicht das Ziel der Bedürfnisbefriedigung aller Menschen, sondern sie soll möglichst hohen Profit generieren - ohne Rücksicht auf Arbeiter\*in und Natur. Wir sagen es nochmal, damit nichts in den falschen Hals kommt: Schuld daran ist nicht Gier oder fehlende Moral. Die Logik des Kapitalismus zwingt zum Streben nach kurzfristigem Gewinn, langfristige Folgen können nicht übermäßig berücksichtigt werden. Die Kapitalist\*innen handeln demnach rational, weswegen moralische Appelle ohne signifikante Wirkung bleiben werden. Dennoch verharrt die Debatte um kritischen Konsum regelmäßig in einer derartig aufgeladenen und übermoralisierenden Weise, dass einem ganz schwindelig werden kann.

Die Vertreter\*innen der „individuellen Verantwortung“ wollen denjenigen die Kosten auferlegen, die nicht einmal demokratisch über die Produktion mitentscheiden dürfen: Arbeiter\*innen, Erwerbslose, alle Menschen mit wenig Einkommen werden sich das

nur schwer leisten können. Bio-Soja-Tofu-Schnitzel in Hefeflockenaspik schmeckt mit Sicherheit lecker und hinterlässt einen 1-A-ökologischen Fußabdruck, dieser Lebensstil wird trotzdem auch vom Geldbeutel abhängen. Oftmals haben Menschen mit sehr wenig Geld nicht mal genug davon, um sich ausgewogen zu ernähren, auch wenn sie das gerne wollten. Das schlägt sich auch im Gesundheitszustand und der Lebenserwartung wieder. Arbeitslose und Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen sind laut Robert-Koch-Institut häufiger krank und sterben früher.

Bei zu vielen Menschen geht es in Zeiten, in denen der Besuch bei der Tafel normal geworden ist, eher um die Frage, ob ausreichend Essen im Kühlschrank ist. Der Einsatz von Pestiziden, die CO<sub>2</sub>-Bilanz oder Produktionsbedingungen sind logischerweise sekundäre Fragen. Wenn die besseren Produkte bezahlbar wären, würden sie sicher bevorzugt werden. Wer die wirkliche Wahl hat, kann moralisch verwerflich handeln oder auch nicht. Aber der moralische Fingerzeig fällt vor allem Menschen leicht, die sich entscheiden können. Wenn Menschen sich nicht einmal ausreichend Obst und Gemüse leisten können, ist die Diskussion um Fair-Trade-Öko-Schokolade reichlich fehlplatziert. Da ist der Handlungsrahmen höchstens die Plastik- oder Papiertüte beim Einkauf durch einen Stoffbeutel zu ersetzen. Selbst wenn das konsequent von allen durchgesetzt würde, rettet das das Klima nicht. Durch Stigmatisierung von Armen trägt man eher zu einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Thema Klimaschutz bei. Der Zulauf bei rechten Klimawandel-Leugner\*innen scheint auch darin begründet zu sein – ein blindes Kopf-in-den-Sand-Stecken wird aber kein Problem lösen.

Wir halten mit Marx dagegen: „Die Freiheit [...] kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn.“ (MEW 25: S. 828)

## Keine Frage der Halbkugel – eine Frage der Klasse

Diese Zahl sollte man sich merken: Weltweit verursachen die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung die Hälfte aller Treibhausgas-Emissionen (nach Oxfam-Studie 2015). Die Gerechtigkeitsdimension der Klima-Frage bleibt auch im Mainstream-Diskurs nicht völlig ausgeblendet, doch wird hier vor allem der Unterschied zwischen globalem Norden und globalem Süden bemüht. Auf den ersten Blick scheint dies auch nicht völlig falsch: Der globale Norden hat bis heute einen deutlich größeren Teil zu den weltweiten Emissionen beigetragen – und dies geschah und geschieht auf Kosten des globalen Südens, denn die Auswirkungen der Klimakatastrophe sind dort am schwerwiegendsten: Dürren, Extremwetter, Überschwemmungen, um nur Weniges zu nennen. Erstens werden große Kosten für den Wiederaufbau anfallen, was die strukturschwächeren Staaten nicht tragen werden können. Daher wird unter dem Aspekt der Klimagerechtigkeit diskutiert, wie die reichen Industrienationen ihrer Verantwortung gegenüber den ärmeren Staaten z.B. in Form von Geldzahlungen nachkommen können. Zweitens werden dadurch weite Landteile in den ärmsten Regionen der Welt unbewohnbar. Das wird in den kommenden Jahren zu enormen Fluchtbewegungen führen, was wir auch schon unter dem Aspekt drohender Kriege diskutiert hatten. Die Menschen werden berechtigterweise ihr Recht auf Mobilität und ein unversehrtes und sicheres Leben einfordern. Wir wollen aber auch darauf hinweisen, dass es ebenso eine Frage des Geldbeutels sein wird, wer sich erfolgreich in Sicherheit bringen wird.

Das kapitalistische Zentrum wird sich voraussichtlich abschotten – so wie es zurzeit Praxis ist. Hier darf es seitens der emanzipatorischen Kräfte keine Zweideutigkeiten geben: Wir stehen solidarisch auf der Seite derer, die vom Kapitalismus erniedrigt und ausgebeutet werden. Hier zeigt sich jedoch auch eine weitere Schranke innerhalb des globalen Systems – die Migration wird Fragen der massiven Umverteilung auf die Agenda bringen, die innerhalb der bestehenden Ordnung nicht gelöst werden können.

Wir dürfen jedoch auch nicht vergessen, dass innerhalb des globalen Nordens auch Klassenstrukturen vor-

herrschen, wobei den Ärmsten der Armen die Kosten für die Klimazerstörung aufgedrückt werden: Stromsperrungen werden den sozialen Ausschluss weiter vorantreiben. Außerdem werden durch die Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer den Ärmsten der Armen weitere Kosten aufgezwungen: Für Hartz-IV-Empfänger\*innen, Rentner\*innen, Alleinerziehende und viele andere mehr wird sich die Lage damit weiter verschlechtern. Reiche wird die Steuer wenig jucken. Damit wird der CO<sub>2</sub>-Preis negative soziale Effekte haben.

Für die Gesamtemissionen eines Landes sind nicht alle Menschen gleichstark verantwortlich. Arbeiter\*innen und Erwerbslose können sich oftmals nicht einmal einen so klimaschädlichen Lebensstil wie die Besitzer\*innen der Produktionsmittel leisten, selbst wenn sie wollten. Natürlich stößt auch der lang ersparte Flug in den Familienurlaub Emissionen aus. Höhere Preise würden aber vor allem diejenigen treffen, die sich nur mit Mühe und Not ein solches Vergnügen leisten können.

Zu guter Letzt wollen wir nochmal festhalten: Der Begriff des Klimawandels ist eine Beschönigung – wir haben es mit einer organischen Klimazerstörung zu tun. Der Kapitalismus ist nicht fähig, diese Krise einzudämmen, er ist die Klimakrise. Er trägt den Raubbau an der Natur genauso in sich wie Armut, Hunger und Krieg. Wer die Umwelt schützen will, muss sich für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise einsetzen.

Die wirkliche Lösung ökologischer Probleme ist also nicht möglich ohne Klassenkampf, ohne die Befreiung der Menschen vom Kapitalismus. Aber ohne die Lösung der ökologischen Probleme ist auch die Lösung der sozialen Frage nicht möglich. Der Zusammenhang muss in linker Politik mitgedacht werden und zeigt auf, dass die historische Notwendigkeit des Klassenkampfes aktuell wortwörtlich existenziell ist – auch wenn es natürlich nicht falsch ist, mit dem Klimaschutz schon im Kapitalismus zu beginnen. Wir halten es dennoch für zu kurzgegriffen, wenn die Ursache der Klimazerstörung, die kapitalistische Produktionsweise, ungetastet bleibt und sich die Maßnahmen linker Politik ausschließlich auf Reparaturen im bestehenden System beschränken.



# Von der KLIMA- GERECHTIGKEITS- BEWEGUNG lernen heißt siegen lernen

von Melanie Schmidt-Krobok

Die Welt produziert unerwünschte Ereignisse. Die einzige vernünftige Antwort einer LINKEN darauf wäre: zunächst die Einsicht, dass daraus etwas gelernt werden muss und dann die Umsicht, diesen Lernprozess zu organisieren. Dasselbe gilt glücklicherweise auch für willkommene Ereignisse. Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist willkommen! Sie hat offensichtlich großen Erfolg und ein großer Teil davon baut ihre Forderungen auf einem für Linke wohlklingenden Slogan auf: „System Change, not Climate Change“, oder auch schon mal: „Burn Capitalism not Coal“. Was machen die gut, was machen die anders, warum wird Antikapitalismus plötzlich lauter als je in den letzten 50 Jahren Bundesrepublik? Viel wichtiger: Wie können wir, vor allem den letzten Aspekt unterstützen? Die LINKE reagiert auf wichtige Lernanlässe allzu häufig mit Besserwisserei und vor allem mit, manchmal verzweifelt wirkenden Versuchen, den Status Quo aus denselben politischen Beurteilungen abzuleiten, die beim letzten Mal auch ein besseres Gefühl gemacht haben. Lernen bedeutet jedoch auch, Information auf andere Art und Weise zu verarbeiten als bisher. Lernen als kollektiver, politischer Akt bedeutet, Debattieren, Experimentieren, um Perspektivwechsel ringen und das solange und ausdauernd, bis sich in der realen Welt etwas in die gewünschte Richtung bewegt. Auch die Bereitschaft, das Konkrete vor dem Theoretischen zu würdigen und das offene Gespräch mit anderen, vor allem, wenn sie erfolgreich kämpfen, sind sicher hilfreich. Die Geschichte der Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland an dieser Stelle

auszubreiten, würde einerseits den Rahmen sprengen und andererseits ist das an anderer Stelle bereits getan worden. Die Rosa Luxemburg Stiftung hat dazu bereits 2016 eine Studie veröffentlicht, die online zugänglich ist:

([www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Studien/Onlinestudie\\_Klimagerechtigkeit.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onlinestudie_Klimagerechtigkeit.pdf))

Die in der Studie bis 2016 beschriebene Erfolgsgeschichte hat sich bis 2019, eher noch gesteigert, fortgesetzt. Interessant wäre nun, die wichtigsten Indikatoren für diesen Erfolg herauszufinden. Damit befasst sich dieser Artikel.

## Der erste Faktor ist Wirkungsorientierung

Wirkung im Klassenkampf entsteht nur in der konkreten Aktion. Stärke der Bewegung entsteht durch Vermehrung der KämpferInnen. Beides hat ursächlich und wechselseitig miteinander zu tun. Aktionen sind auch immer Werbemaßnahmen und viele AktivistInnen vergrößern die Chance auf Erfolge. Das klingt so simpel, dass man davon ausgehen könnte, diese Aussagen landeten quasi automatisch in den Strategien linker Gruppierungen und vor allem einer linken Partei. Diese Sätze werden in der Klimagerechtigkeitsbewegung sehr ernst genommen. Das Motto lautet: „Klimakampf ist Handarbeit“.

## Der zweite Faktor ist Lernfähigkeit

*Melanie Schmidt-Krobok ist Mitglied der AKL in Nordrhein-Westfalen*





Die Fähigkeit zu lernen, hat die Klimagerechtigkeitsbewegung zu einer erfolgreichen Praxis geführt, die mittlerweile seit 2013 anhält. Binnen weniger Monate ist es den linken AktivistInnen gelungen, schwerpunktmäßig im Kontext des lokalen Klimakampfes um den Hambacher Wald, eine Bewegung zu ermöglichen, die explosionsartig wuchs und dabei das ursprüngliche Motto „System Change, not Climate Change“ gehalten hat. Hier sind die Waldbesetzer und deren solidarische Unterstützer, auch aus dem Umfeld von „Alle Dörfer bleiben“ besonders zu erwähnen. Greta Thunbergs Schülerbewegung Fridays for Future ist eigenständig entstanden, hat sich dann, neben den Freitagsdemos, im Kampf um den Hambacher Wald eingebracht und ist aus dieser Erfahrung eine solidarische Verbindung mit der Klimagerechtigkeitsbewegung eingegangen, die sich bis heute gefestigt hat, wie die FFF – Aktionen in der Lausitz im November 2019 belegen. Extinction Rebellion (XR) hat sich, aus England kommend, zunächst mit kleinen lokalen Aktionen, dann mit ihrer ersten Massenaktion in Berlin im Oktober 2019 engagiert, wobei sich lokale Gruppen teilweise mit anderen Gruppierungen solidarisiert hat. XR ist später, zurecht mehrfach in die Kritik gekommen. Der starke „Antispaltungsreflex“, vor allem der radikalen Linken in der Klimagerechtigkeitsbewegung, hat darauf verantwortungsvoll reagiert. Es galt und gilt: Kritik ist wichtig und immer wieder nötig. Spaltung wäre ein

Erfolg des Klassegegners. Abgrenzung gehört nur dann zum Repertoire, wenn rote Linien überschritten werden (z.B. Rassismus, Antisemitismus, grobe Verletzungen des Solidaritätsgebotes u.s.w.).

### Der dritte Faktor ist Glaubwürdigkeit

Die AktivistInnen aus den linken Gruppierungen, die letztlich das EG – Bündnis bilden, haben sich auf der Grundlage ihrer politischen Debatten- und Aktionspraxis (Konsensprinzip, Plenumsqualität, AG – Strukturen, Achtsamkeit ggü. Diskriminierung jeglicher Couleur und last but not least einer hervorragenden Strategie und Taktik des zivilen Ungehorsams) höchste Anerkennung erworben. Erfolg macht glaubwürdig! Die Solidarisierung von EG und FFF sind ein erstaunliches Ergebnis u. A. dieser Glaubwürdigkeit. Darüber hinaus ist die mediale Verbreitung der Aktionen von EG und FFF, ein Meisterstück politischer Öffentlichkeitsarbeit gewesen. Das ist ein Teil der Erklärung.

### Was sind weitere Aspekte des Erfolgs?

Das ist, ohne Perspektivwechsel, aus der Sicht einer Parteilinken, gar nicht so leicht zu beantworten. Den Weg weist ein Blick in die Werke von Silvia Federici:

„WIR GEHEN AUF DEMOS, ORGANISIEREN VERANSTALTUNGEN, UND DAS WERDEN DIE HÖHEPUNKTE UNSERES KAMPFES. DIE ANALYSE DAVON, WIE WIR DIESE BEWEGUNGEN AUFRICHT ERHALTEN, STEHT NICHT IM MITTELPUNKT DER ORGANISIERUNG VON BEWEGUNG. DAS MUSS SIE ABER.“

- Silvia Federici -1

Diesem Fingerzeig folgend bietet sich ein analytischer Blick auf das „Innenleben“ der Bewegung an, also darauf, was sie denn tun, um die „Bewegung aufrecht zu erhalten“. Herausragend auffällig ist dabei die praktizierte Debattenkultur. Wer sich die Mühe macht an einem Plenum der Bewegung, oder einer Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen, erlebt Seltsames: Alle wedeln mit den Händen und machen andere obskur erscheinende Zeichen. Besprechungen werden nicht geleitet, sondern moderiert. Das funktioniert deutlich anders, als die Bedeutung des Begriffs im Parteijargon nahelegt. Es gibt keine Mehrheitsentscheidungen, sondern ein ausgetüfteltes Konsensverfahren, welches so manchem geübten Vielsprecher und machtgewohnten Debattenkünstler das Blut in den Kopf steigen lässt. Hier reden oft deutlich mehr Frauen als Männer. Der Umgangston ist zurückhaltend, freundlich und wertschätzend. Um Inhalte wird mutig und hart gefochten, in der Akzeptanz der Person herrschen Respekt und Solidarität. Die Bewegung ermöglicht durch Achtsamkeit, Respekt vor dem Individuum und eine praxistaugliche Moderations- und Konsens Technik, eine enorme Grup-

penkohäsion, die sich bereits im ersten Kontakt, z.B. auf einem Klimacamp oder einer Aktion, auch Neulingen mitteilt. Die äußerst erfolgreichen Aktionstaktiken (Finger – Prinzip, Taktische Kommunikation, Bezugsgruppen – Prinzip, Loyalitätsprinzip: „Wir lassen keinen Menschen im Stich, der von Repressionen betroffen ist“, funktionierende Organisationsprinzipien unter weitgehender Vermeidung von Hierarchien, usw.), wirken in dieselbe Richtung. Die Ernte dieser „Kunst in der Aufrechterhaltung der Bewegung“ ist u. A. eine starke Präsenz, antikapitalistischer Orientierungen in den lokalen Klimagerechtigkeitsgruppen. Das schließt inzwischen auch eine Vielzahl von FFF-Gruppen mit ein. Hier geschieht etwas bemerkenswertes: Die Zusammenführung der, im kapitalistischen System bedingten Ursachen für die Klimakatastrophe mit der sozialen Frage und den imperialistischen und neokolonialistischen Herrschaftsstrukturen, wird zu einem Erklärungsmodell für einen immer größer werdenden Teil der Bewegung. Da haben in den letzten Jahrzehnten viele Linke dran geknabbert und sind krachend gescheitert. Die Klimagerechtigkeitsbewegung macht die Kapitalismus- und Imperialismus-Kritik zur Basiserklärung für ihre Existenz und schafft es, trotz explosiven Wachstums, bis jetzt, diese Qualität zu halten.

## Was passiert da?

Das Erleben der staatlichen Repression in seiner unmittelbarsten Form (Pfefferspray, Schmerzgriff oder Festnahme) ist eine schnell wirksame Methode, um Illusionen über die Humanität der staatlichen Macht zu verlieren. Das Erleben der organisierten und funktionierenden Solidarität der AktivistInnen untereinander, zerstört im selben Zuge, die Angst vor der Obrigkeit. Dieser doppelte Lerneffekt wird verstärkt durch das Erleben der Diskussions- und Entscheidungskultur auf den Camps und in den Vorbereitungstreffen. EG stürmt die Braunkohlegruben nicht nur, um 2 Stunden die Bagger anzuhalten, sondern auch, um diesen doppelten Lerneffekt zu erzielen und natürlich, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen.

Die Debatten- und Achtsamkeitskultur (Awareness) in Verbindung mit raffiniertem zivilen Ungehorsam, sind die Schlüssel für Attraktivität und Effektivität. Das ist keine Marketingstrate-

gie, sondern der authentische Versuch Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität außerhalb kapitalistischer Dominanz zu leben. Dahinter steht der Gedanke: „Wenn wir es schaffen mit Solidarität, Achtsamkeit und Disziplin die Grube zu stürmen, obwohl tausende PolizistInnen und mächtige Konzerne uns davon abhalten wollen, wenn die ganze entfesselte Gewalt uns nicht aufhalten kann, dann können wir auch guten Mutes bei der Errichtung einer nicht – kapitalistischen Gesellschaft sein, also lasst uns auf den Camps damit beginnen“.

Respekt vor Menschen in ihrem „so sein“, ist zutiefst in der „Bewegungs-DNA“ verwurzelt.

Die Konsensprozesse in den Plenen unterscheiden sich dramatisch von parteigewohnten Mehrheitsentscheidungen. Die hier hervorgebrachten Qualitäten sind Verantwortlichkeit und Engagement. Postulat ist, dass wir in den Kämpfen alle Menschen brauchen, die den Wunsch und die Bereitschaft dazu haben. Menschen zu verlieren, weil sie das Gefühl haben, dass ihre Ideen, Ängste und Leistungen nicht gesehen werden, ist für die Bewegung ein verlorener Kampf. Was in den Konsensverfahren u. A. gelingt, ist eine Behandlung der sprichwörtlichen linken Krankheit der „jüdischen Volksfront“ in ihrer Grundsatzdebatte mit der „Volksfront von Judäa“ – Monty Python sei gepriesen für diesen Spiegel.

Großereignisse, wie die spektakulären Grubenbesetzungen von EG sind jedoch im Selbstverständnis der AktivistInnen kein hinlängliches Maß für politische Erfolge. Im Zentrum stehen politische Fähigkeiten, die gebraucht werden, um die zwischenmenschlichen Beziehungen aufzubauen, beizubehalten und zu reparieren, welche die „unsichtbare“ Arbeit, die vor und nach den Aktionen gemacht werden muss, erst ermöglichen. Es geht stark darum, die Organisation attraktiv zu gestalten, z.B. dadurch, dass im gemeinsamen Kampf Solidarität und Würdigung des eigenen Beitrages erlebt werden können. Die Attraktion liegt nicht nur in der Aktion selbst, sondern auch im Erleben der solidarischen Widerstandskultur vor und nach den Aktionen. Aktions- und Klimacamps sind also nicht nur Aufstellungsräume für spektakuläre Aktionen. Sie sind in erster Linie „Kohäsionsmaschinen“, durch welche diese Aktionen erst möglich werden. Insofern sollten wir lernen: Silvia Federici hat mit ihrer Fokussierung auf die bewegungserhal-

tenden und -vergrößernden Aspekte vollkommen Recht, denn:

- Die Erfahrung eines kollektiven Miteinanders im antikapitalistischen Kampf, gleich welcher Art, ist ein essenzieller Bestandteil von systemkritischer Bewusstseinsbildung.
- Die große Erzählung von Hoffnung und Rebellion braucht einen Erlebensraum vor der Utopie. „Erleben“ geht über „Verstehen“ weit hinaus.
- Hoffnung ist der nötige Betriebsstoff für Rebellion, Rebellion entsteht, wenn Menschen Hoffnung haben. Die Art und Weise des solidarischen Umgangs, während wir kämpfen, ist der einzige Raum, aus dem sich diese Hoffnung speisen lässt.

Das Verhältnis der meisten AktivistInnen zu Parteien insgesamt, also auch zur LINKEN ist am ehesten mit dem Wort „skeptisch“ zu beschreiben. Parteistrukturen werden eher als abstoßend und autoritär erlebt. Respekt gibt es durchaus für LINKE Programmatik und vor allem für den persönlichen Einsatz von Parteimitgliedern und Mandatsträgern z.B. parlamentarischen Beobachtern. Harsche Kritik gibt es für „Umfaller“ von Fraktionen der LINKEN, wie z.B. in Brandenburg. Die LINKE ist den radikalen Antikapitalisten in der Bewegung politisch natürlich näher, als bspw. die GRÜNEN. Trotzdem gibt es sehr viel Skepsis. Besondere Irritation hat die Debatte der LINKEN zum „offene Grenzen“ – Thema ausgelöst, da sich die Klimagerechtigkeitsbewegung per Definition auf einer strengen internationalistischen Position verortet. Es wird zukünftig darauf ankommen, wie die Partei mit den Themen Klima / Soziales / Frieden / Rassismus / Feminismus und internationale Solidarität umgeht und wie glaubwürdig sie dabei ist. Weiterhin wird es darauf ankommen, wie viele LINKE sich bei der Klimagerechtigkeitsbewegung sehen lassen und dort auch Aufgaben übernehmen. Es war nie deutlicher und dringender, dass die Welt verändert werden muss, wenn wir alle überleben wollen. Wenn es jetzt nicht gelingt ist, um mit Alexander Spoerl zu sprechen, sehr bald „Matthäi am letzten“.



# DIE NOTWENDIGKEIT EINER KONSEQUENTEN VERKEHRSWENDE

Das Erfordernis einer öffentlichen Kontrolle über die Autoindustrie

Das breite gesellschaftliche Bündnis für ein 10-Punkte-Programm

von Winfried Wolf

*Winfried Wolf ist Verfasser von „Mit dem Elektroauto in die Sackgasse. Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt“ (Promedia, Wien; März und Juli 2019; 220 Seiten) und zusammen mit Bernhard Knierim Autor von „Abgefahren. Warum wir eine neue Bahnpolitik brauchen“ (PapyRossa, Köln; Oktober 2019; 290 Seiten).*

Eine Verkehrsorganisation, die in erster Linie auf Diesel- und Benzin-Autos setzt, weist keine nachhaltige Perspektive auf. Mit der aktuellen Kampagne für Elektro-Pkw (fälschlich als „E-Mobilität“ ausgegeben) wird nur der Kreislauf von „inneren Reformen“ der Autobranche, wie wir sie in früheren Jahrzehnten mit Katalysator, Telematik und Biosprit erlebt hatten, fortgesetzt. Diese Reformen haben immer nur ein Ziel: die Vorherrschaft des Autos im Verkehrssektor zu erhöhen. Was zugleich heißt: noch tiefer in die Sackgasse Autogesellschaft hinein zu führen. Im Fall der E-Pkw geht es vor allem darum, Autos mit elektrischem Antriebsstrang als Ergänzung zu der Pkw-Flotte, vielfach als Zweitwagen und dann noch ausgerechnet im innerstädtischen Verkehr massiv zu verbreiten.

Auch viele Vorschläge und Veröffentlichungen zur Verkehrswende von klugen und engagierten Leuten machen den Fehler, einen Umbau der „fossilen“ Autoindustrie hin zu einer solchen, die in größerem Umfang auf Elektromobilität setzt, ins Zentrum zu rücken. Auf diese Weise geraten dann automatisch alle anderen Elemente, die sich teilwei-

se in diesen Studien auch finden, zur bloßen Zutat. Es verhält sich jedoch genau entgegengesetzt: Im Zentrum müssen eine Strukturpolitik der Dezentralität, der nicht motorisierte Verkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel stehen.

Die Krise des bestehenden Verkehrssystems hat die Politik einer grundsätzlichen Verkehrswende auf die Tagesordnung gesetzt. Es handelt sich dabei um eine auf längere Sicht, auf 10 bis fünfzehn Jahre angelegte Politik. Sie wird im Folgenden in zehn Elementen skizziert.

## 1. Eine radikal veränderte Verkehrsmarkordnung

Die bestehende Verkehrsmarkordnung, die aktuell massiv die Verkehrsarten Luftverkehr, Straßenverkehr und Schifffahrt fördert und die Umwelt und das Klima massiv schädigt, muss neu geordnet, gewissermaßen vom Kopf auf gesunde Beine gestellt werden. Grundsätzlich müssen die drei „grünen“ Verkehrsarten zu Fuß Gehen, Rad Fahren und öffentlicher Verkehr mit Bus, Tram, S-Bahn und Bahn (auch als „Umweltverbund“ bezeichnet) begünstigt und die drei „roten“ Verkehrsarten Autofahren,

1) E-Mobilität gibt es seit gut hundert Jahren: mit elektrisch betriebenen öffentlichen Verkehrsmitteln (Bahn, Tram, O-Busse, S-Bahnen, Stadtbahnen).

Schiffsverkehr (Containerschiffstransporte; Kreuzfahrtschiffe usw.) und Luftfahrt verteuert und eingeschränkt werden. Stichworte: Keine Steuervorteile für Geschäftswagen, keine steuerliche Bevorzugung von Dieselmotoren, erstmalige Besteuerung von Kerosin und Schweröl. Vor allem: Kein weiterer Straßenbau, keine neuen Flugpisten; stattdessen Ausbau von Fußwegen, Radwegen, öffentliche Verkehrsmittel.

## **2. Tempolimit und Reduktionen der Geschwindigkeitsbegrenzungen**

Wer in Deutschland nicht offensiv ein Tempolimit fordert, sollte von einer Verkehrswende komplett schweigen.

Deutschlands ist – wohl neben Afghanistan – das einzige Land der Welt ohne ein verbindliches Tempolimit auf Autobahnen. Ein Tempolimit von maximal 120 km/h auf Autobahnen steht schon lange auf der Tagesordnung. Reduktionen der Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Bundes- und Landstraßen auf 80 km/h und in Wohngebieten auf 30 km/h sind notwendig.

Auf diese Weise können Jahr für Jahr einige hundert Menschenleben gerettet, tausende Schwerverletzte vermieden, und einige Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> und mehrere Milliarden Euro eingespart werden.

Vor allem würde diese Maßnahme die Macht der Öl- und Autoindustrie und diejenige der damit verbundenen Autolobby deutlich einschränken.

Tempolimit-Beschlüsse können binnen wenigen Monaten umgesetzt werden. Sie sind mit keinen größeren Kosten verbunden.

## **3. Strukturpolitik zur Reduktion der Verkehrsleistungen**

Notwendig ist eine systematische Struktur- und Steuerpolitik der kurzen Wege. Dadurch werden automatisch die grünen Verkehrsarten gefördert und die „roten“, vor allem der Pkw-Verkehr, deutlich reduziert. Die Schlüsselemente hierbei heißen: Priorisierung von Nähe. Dezentralisierung von Strukturen. Lebenswerte grüne Wohnquartiere. Straßencafés anstelle von Pkw-Abstellräumen. Entschleunigung zwecks Lebensgenuss und zwecks Rückgewin-

nung von Urbanität. In diesem Zusammenhang gilt es auch, autofreie Quartiere zu fördern.

## **4. Förderung der natürlichen Verkehrsträger – das Zufußgehen und Radeln**

Das Zufußgehen und Radfahren machen heute in einigen niederländischen Städten bereits wieder gut 60 Prozent aller Personenwege, also des Verkehrsaufkommens, aus.<sup>2</sup> In Deutschland gibt es wenige Ausnahme-Städte, in denen hier 50 Prozent erreicht werden. Die Pedelec-Technik, die allerdings nur als Ergänzung eingesetzt werden sollte, kann auch in Städten mit mehr Steigungen, in Stuttgart zum Beispiel, das Radeln zum Massenereignis machen.

Zusammen mit der skizzierten Strukturpolitik der kurzen Wege erweitern sich damit die Potentiale für den nichtmotorisierten Verkehr. Erforderlich sind massive Investitionen in Gehwege und Fahrradwege; Autostraßen müssen in Wege des nichtmotorisierten Verkehrs umgewidmet werden.

Eine Zunahme des Fahrradverkehrs und des Zu-Fuß-Gehens beeinflusst positiv das Stadtklima. Die Stadtquartiere leben auf. Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche entdecken ihre Stadt neu. In den Stadtquartieren, im Kiez, entwickeln sich Leben, Spielen und Kommunikation. Kopenhagen wurde von der Redaktion des „Lonely Planet“ jüngst zur „sehenswertesten Stadt der Welt“ gekürt.

## **5. Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs**

Bestehende Bus-Systeme müssen ausgebaut und möglichst auf emissionsfreie Antriebe umgestellt werden. Die Einführung von O-Bus-Systemen beziehungsweise die Umwandlung von Dieselnissen auf Trolley-Busse sollte vor Entscheidungen für Elektrobusse zumindest geprüft werden. Oberirdisch geführte, schienengebundene Verkehrsmittel (S-Bahnen und Straßenbahnen) erhalten bei ÖPNV-Fahrgästen in der Regel die höchsten Akzeptanz-Quoten. Das Potenzial von Straßenbahnen wird dabei systematisch unterschätzt, oft sogar komplett „vergessen“. Eine Tram kann in Städten ab 40.000 Einwohnern bereits das

ÖPNV-Mittel der Wahl sein. Ein Straßenbahnkilometer kostet maximal ein Viertel eines U-Bahn-Kilometers – bei gleicher Transportkapazität. Und Trams liegen bei den ÖPNV-Benutzenden in der Beliebtheitsskala an der Spitze.

Moderne Straßenbahnen sind meist ebenso schnell wie unterirdisch geführte Stadtbahnen. Die höhere Geschwindigkeit der U- und S-Bahnen von Haltestelle zu Haltestelle wird aus Sicht der Fahrgäste oft dadurch aufgefressen, dass der Haltestellenabstand bei U- und S-Bahnen um 50-100 Prozent größer als derjenige bei Trambahnen ist, und dass die Fußwege zu den Stationen, zumal in den Untergrund und wieder hoch, zusätzliche Zeit (und Kraft) erfordern.

## **6. Nulltarif im städtischen öffentlichen Verkehr**

Im ÖPNV sollte als Ziel ein genereller Nulltarif gelten. Eine repräsentative Meinungsumfrage ergab Anfang 2018, dass 71 Prozent der deutschen Bevölkerung einen ÖPNV-Null-Tarif begrüßen würden. Was in der estnischen Hauptstadt Tallinn und demnächst in gesamten EU-Mitgliedsland Luxemburg möglich ist, nämlich ein ÖPNV-Nulltarif, muss auch im reichen Deutschland machbar sein. Die oft vorgetragenen Befürchtungen, ein ÖPNV-Nulltarif würde einen nicht bewältigbaren massiven Andrang auf ÖPNV-Angebote auslösen, ist dann unberechtigt, wenn dieser Nulltarif eingebettet ist in einen umfassenden Verkehrswende-Plan und dabei vor allem auch der nichtmotorisierten Verkehr gesteigert wird. Ein Zwischenschritt kann das Wiener Modell des 365-Euro-Jahres-Tickets – je Tag ein Euro – sein.

## **7. Eine Eisenbahn in der Fläche und zu 100 Prozent elektrifiziert**

Die Eisenbahn muss zu einer Flächenbahn und zu einer Bürgerbahn ausgebaut werden. Das Streckennetz

2) Die Verkehrswissenschaft unterscheidet das Verkehrsaufkommen (= die Zahl der Wege bzw. Fahrten) und die Verkehrsleistung (= die Zahl der Wege multipliziert mit den zurückgelegten Kilometern), im Güterverkehr analog das Transportaufkommen (gemessen in Tonnen bzw. Millionen Tonnen) und die Transportleistung (transportierte Tonnen multipliziert mit der Transportentfernung). Wenn es oben heißt, die nichtmotorisierten Verkehrsarten Gehen und Radeln brächten es z.B. in Kopenhagen auf 60 und mehr Prozent der Wege, dann entspricht dies geschätzt 35-40 Prozent der Verkehrsleistung (der Personenkilometer; Pkm).

sollte hundert Prozent elektrifiziert sein (und damit eine Diesel-Traktion entfallen).

Die EU-weit und in Deutschland seit den 1990er Jahren betriebene Konzentration auf Hochgeschwindigkeitszüge ist ein Irrweg. Die Hochgeschwindigkeitsstrecken, zumal solche, auf denen schneller als Tempo 220 gefahren wird, sind in Bau und Betrieb extrem aufwändig und überwiegend defizitär. Sie sind meist mit einem Abbau von regionalen Strecken und waren immer mit einem Abhängen wichtiger Städte (Magdeburg, Potsdam, Koblenz, Weimar, Jena) vom Fernverkehr verbunden. Sinnvoll sind integrierte Netze, in denen die maximale Geschwindigkeit nicht höher als 220 km/h ist und ein Integraler Taktfahrplan („Deutschlandtakt“), optimal als Halbstundentakt, verwirklicht wird. Damit wird nicht nur Energie gespart. Dies reduziert nicht nur die Kosten im Streckenbau um gut 30 Prozent. Die kurzen Umsteigezeiten reduzieren für die Fahrgäste die Zeiten, die sie für ihre Fahrten benötigen, drastisch.

Notwendig dafür ist ein Ausbau des Schienennetzes um gut 30 Prozent, um es wieder auf den Stand der 1960er Jahre zu bringen.

Das Schienennetz sollte zu 100 Prozent elektrifiziert werden (wobei Stichstrecken im Akkubetrieb befahren werden können). Damit werden enorme Synergien erzielt (es gibt dann auf der Schiene nur noch eine Traktion). Auf dieser Basis kann auch das Ziel einer Eisenbahn mit 100 Prozent Ökostrom erreicht werden.

## **8. Die Fahrpreise im Schienenverkehr senken – die Mobilitätskarten BC50 und BC100 bzw. zu Angeboten für eine Massennachfrage ausbauen.**

Die Normalfahrpreise der Bahn sind deutlich zu hoch. Vor allem gibt es im Schienenverkehr ein intransparentes Preissystem, bei dem es einerseits Schnäppchenpreise im Internet und andererseits die als überteuert empfundenen „Normaltarife“ gibt.

Der klassische, mehr als ein Jahrhundert gültige Systemvorteil der Eisenbahn, wonach eine Fahrkarte in einer bestimmten Zeitspanne grundsätzlich für jeden Zug Gültigkeit hat, sollte in Zukunft wieder zur Norm wer-

den. Das heißt, eine „Zugbindung“, die inzwischen die Regel ist, sollte es nur bei speziellen Angeboten und als Ausnahme geben. Gleichzeitig müssen die Mobilitätskarten BahnCard50 und BahnCard100 im Preis so gesenkt beziehungsweise in ihrer Leistung so erweitert werden, dass sie zu Massenprodukten werden.

Wenn, wie in der Schweiz, der Großteil der aktiven Bevölkerung im Besitz einer Mobilitätskarte ist, mit der die Normalpreise halbiert und zusätzlich Hunderttausende über eine Netzkarte (BC100) verfügen, würde die Schiene in die Offensive gelangen. Sie könnte dann auch gegenüber der bedrohlich aufkommenden Konkurrenz der Fernbusse eher bestehen. Alles spricht dafür, das Strukturmodell der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) auch in Deutschland zu übernehmen. In dem Nachbarland sind die Mobilitätskarten Massenprodukte. Der Markt wird von Normalpreisen beherrscht.<sup>3</sup>

## **9. Nachtzugverkehr wieder aufnehmen und ausbauen – Flugverkehr massiv reduzieren**

Der Flugverkehr muss im Rahmen einer Verkehrswende-Politik deutlich reduziert werden. Erste Schritte sind dabei die Besteuerung von Kerosin, der Stopp jeglicher Subventionierung von Airports und die Beendigung des Sozialdumpings bei den Airlines. Eine Verlagerung des größten Teils des Flugverkehrs auf die Schiene ist auch strukturell gut vorstellbar – mehr als 50 Prozent aller Flüge auf den Berliner Airports und mehr als 35 Prozent aller Flüge auf dem Münchner Flughafen liegen unterhalb der Distanz von 650 Kilometern.

Mit einem europaweiten dichten Netz von Nachtzügen – was weitgehend heißt: mit der Wiederherstellung eines solchen Netzes! – kann ein großer Teil des innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene verlagert werden.

## **10. Güterverkehr massiv reduzieren und dann auf Binnenschiff und Schiene verlagern**

Im Güterverkehr erlebten wir Vergleichbares wie im

Personenverkehr. Dieser wurde, vor allem als Lkw-Verkehr, enorm gesteigert. Die massive Subventionierung aller Transportarten und entlang der gesamten globalen Transportketten hat zur Herausbildung einer absurden, global vernetzten Arbeitsteilung geführt. Die tatsächlichen Transportkosten tauchen in den Warenpreisen nur noch zu Bruchteilen auf. Sie werden vor allem von den Steuerzahlenden getragen beziehungsweise handelt es sich um Umwelt- und Klimakosten.

Notwendig sind Maßnahmen, mit denen die realen Transportkosten in die Preise für Güterverkehre integriert und Auflagen hinsichtlich Lkw-Größen, Nachtfahr- und Wochenendfahrverbote für Lkw, Besteuerung von Diesel, Schweröl (für Schiffe) und Kerosin umgesetzt werden und es auf diese Weise zunächst zu einer drastischen Reduktion des Güterverkehrs kommt. Auf dieser Basis kann der verbliebene Straßengüterverkehr zum größten Teil auf Binnenschiff und Güterzüge verlagert werden.

\*\*\*

Bei der Umsetzung des hier skizzierten Verkehrswendeprogramms wird die Zahl der Lkw massiv reduziert, die Zahl der Pkw auf weniger als 25 Prozent verkleinert. Der verbliebene Pkw-Verkehr sollte dann so weit wie möglich auf der Grundlage von Car-Sharing und mit kleinen Pkw – auch Elektro-Pkw – stattfinden. Der Lkw-Verkehr wird weitgehend auf kurze Distanzen reduziert und kann dort mit Elektro-Lieferwagen oder mit Lkw mit emissionsarmen Ver-

3) Der Preis für eine BahnCard50 wurde seit 2003 um 85 Prozent erhöht auf (2019) 255 Euro in der 2. Klasse und 515 Euro in der 1. Klasse. Zum Vergleich: In der Schweiz kostet das Halbtaxticket 185 Schweizer Franken (= 163 Euro) im 1. Jahr und 165 sFr (= 145 Euro) in allen Folgejahren, wenn es keine Unterbrechung des Abos gibt. Das Schweizer Halbtax-Ticket ist darüber hinaus „klassenlos“, es halbiert die Preise in beiden Klassen. Es bietet auch wesentlich mehr Einsatzmöglichkeiten. Vereinfacht lässt sich sagen, dass das Halbtaxticket im Vergleich zur BC50 gut die Hälfte weniger kostet wie die BC50. Vergleichbares gilt für das Generalabonnement (GA) im Vergleich zur BC100. Das GA kostet in der 1. Klasse 6300 sFr (= 5575 Euro), in Deutschland kostet die BC100 7225 Euro. In der 2. Klasse kostet das GA 3860 sFr (3411 Euro). Die BC100 in der 2. Klasse kostet dagegen 4270 Euro. Das Argument, die Schweiz sei ja kleiner als die BRD, überzeugt nicht. Grundsätzlich fahren Schweizer, die eine solche Mobilitätskarte haben, vergleichbar viele Bahnkilometer wie ein BRD-Mensch mit einer BC50 oder BC100.

brenner-Motoren abgewickelt werden. Im innerstädtischen Lieferverkehr können Lastenräder eine wachsende Rolle spielen.

Ein solches Verkehrswendeprogramm ist ambitiös; es entspricht jedoch den klimapolitischen Notwendigkeiten und es ist in 10 Jahren umsetzbar. Es schafft – zumal im Zusammenhang mit der das verkehrspolitische Programm ergänzenden Energiewende – wesentlich mehr neue Arbeitsplätze als solche in der Autobranche entfallen. Seine Umsetzung erfordert – wie viele Maßnahmen, die derzeit zum Schutz des Klimas zu ergreifen sind – einen Eingriff in die freiheitlich-autokratische Grund- und Bodenordnung der Kapitalgesellschaft. Genauer gesagt: Die Gesellschaft muss eine demokratische Kontrolle über die Autoindustrie ausüben, was unter Verweis auf Artikel 14 und 15 des Grundgesetz im Allgemeinen verfassungsrechtlich gut abgesichert<sup>4</sup> und was vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten über die Enteignung der Wohnungskonzerne überzeugend erklärt werden kann. Die Autokonzerne haben im Rahmen des sogenannten Dieselskandals in beson-

ders klarer Weise deutlich gemacht, dass das Prinzip der Profitmaximierung grundsätzlich mit Leichen gepflastert und der gesundheitlichen Schädigung von Millionen Menschen verbunden ist. Eine solche öffentliche Kontrolle über die Autokonzerne dient den Zielen, die Konversion der Autoindustrie hin zur Herstellung von Produkten, die für die Verkehrswende sinnvoll sind (wie Lokomotiven, Waggons, Bussen), sozialverträglich – u.a. kombiniert mit einer deutlichen Reduktion der Arbeitszeiten – zu bewerkstelligen.

Ein solches Programm für eine konsequente Verkehrswende und für die Konversion des Fahrzeugbaus erfordert ein breites gesellschaftliches Bündnis von Fridays-for-Future, Umweltverbänden, Gewerkschaften, Drittwelt-Gruppen und Verkehrsverbänden.

**Eine andere Welt ist möglich  
– eine andere Organisation  
des Verkehrs ist nötig.**

**Capitalist system change –  
not climate change!**

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die beiden erwähnten Grundgesetz-Artikel 14 und 15 seit sieben Jahrzehnten in der bundesdeutschen Verfassung schlummern und sich wie ein Relikt aus der DDR-Verfassung oder ein wie ein solider marxistischer Text lesen. „Grund und Boden und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ So Artikel 15. Wobei im voranstehenden Artikel 14 klargestellt wird, dass diese „Entschädigung“ durchaus nahe Null liegen kann, so wenn es dort heißt: „Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.“ Ein Beispiel: VW hat aktuell einen Börsenwert von 90 Milliarden Euro. Der Konzern hat in den USA eingestanden, bewusst gegen geltendes Recht verstoßen, dabei „kriminell gehandelt“ und die Gesundheit von Millionen Menschen schwer geschädigt zu haben. Dafür zahlte VW bisher 30 Milliarden Euro Strafgeder. Da VW im Rest der Welt mehr als fünf Mal mehr Diesel-Pkw mit manipulierter Motoren-Software als in den USA auf die Straßen brachte, wären Strafzahlungen in einer Höhe von mehr als 150 Milliarden Euro fällig. Bei „gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit“ mit diesen noch ausstehenden Strafzahlungen ist demnach eine Enteignung zum Nulltarif angemessen (zumal die öffentlich Hand durch das Land Niedersachsen an VW ohnehin eine qualifizierte Minderheitsbeteiligung hält). Andere Faktoren wie der Einsatz von Hunderttausenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der NS-Zeit bei Daimler, BMW, VW, Porsche, Audi (Auto Union) und die bislang faktisch so gut wie ausgebliebene Entschädigungen dafür wären ergänzend zu berücksichtigen.



# BAHN-„RAUB“-ZÜGE

von Ingrid Jost

Stillgelegte Bahnstrecke in Ostdeutschland

**Ingrid Jost ist Mitglied im BSpR der AKL**

Bahnfahren könnte so schön sein, wenn nicht diverse Bahnchefs den Traum vom Global Player umsetzen wollten und dabei das Allgemeinwohl völlig aus dem Blick verloren hätten. In einem Konzern wie der Deutschen Bahn AG, der zwar zu 100 % dem Bund gehört, aber wie ein privates und ausschließlich profitorientiertes Unternehmen geführt, „rasen“ seine Konzernlenker und die ihnen hörige Politik sehenden Auges dem Verkehrskollaps entgegen und verkaufen der Öffentlichkeit völlig unbeeindruckt, dass der Markt es schon richten werde.

**Aus der Vergangenheit lernen: Fehlanzeige**

Der Verkehrsexperte Winfried Wolf beschreibt den Umgang mit den gescheiterten privatisierten Eisenbahngesellschaften ab 1871 durch schrittweise Enteignung und die Überführung in staatlichen Besitz sehr eindrucksvoll. Die privaten Eisenbahngesellschaften konnten den Bedürfnissen der Bürgerinnen

und Bürger nach wachsender Mobilität nicht mehr gerecht werden, da private Investoren die Bahn in erster Linie als Profitquelle betrachten und da interessiert es sie wenig, ob mit den Streckennetzen die erforderliche Mobilität aller gewährleistet ist. Doch diese Erkenntnis stand den seit den 80er Jahren forcierten Privatisierungsplänen im Weg, so dass ihre Vertreter in den Reihen von Kapital und Politik einen neuen Anlauf unternahmen. Nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ gab es jahrelange Versuche, die Privatisierung der Bahn der Bevölkerung schmackhaft zu machen. So stimmte der Bundesrat am 17.12.1993 der Bahnreform zu. Am 1. Januar 1994 entstand deshalb durch Zusammenlegung der ehemaligen Reichsbahn und der Bundesbahn die Deutsche Bahn AG, ein privatrechtliches Unternehmen, das allerdings zumindest vorerst zu 100 % in staatlicher Hand war. Hartmut Mehdorn wurde im Dezember 1999 Bahnchef und führte das Unternehmen privatwirtschaftlich mit dem Plan weltweit zu expandieren und zu agieren. Dafür sicherte sich Mehdorn die Unterstützung von diversen ehemaligen Politikern, wie dem Ex-Verkehrsminister Reinhard Klimmt (SPD), dem ehemaligen bayerischen Wirtschafts- und Finanzministers Otto Wiesheu (CSU), dem früheren Landesverkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD NRW), dem ehemaligen bayerischen Finanzminister Georg von Wal-

denfels (CSU) u.a. Es folgten zahlreiche Umstrukturierungen und Firmenkäufe von Transportunternehmen zu Wasser, in der Luft, auf den Straßen und auf der Schiene, die als Tochterfirmen quasi unter einem Dach miteinander konkurrieren. Es wurden Strukturen geschaffen, die das Unternehmen schwer kontrollierbar machen. Der geplante Börsengang scheiterte zunächst wegen der Finanzkrise 2008. Die Privatisierungspläne sollten mit drei Zielsetzungen legitimiert werden:

1. Entwicklung eines kundennahen Serviceunternehmens
2. Mehr Verkehr auf die Schiene bringen
3. Senkung der Kosten für die Steuerzahler

Zu 1) Das Schienennetz in Deutschland war vor der Bahnreform 1994 noch 44.600 km lang und wurde im Zuge der Reform auf rund 38.500 km zurückgebaut. Vorangegangen war eine kontinuierliche Debatte: „Privat vor Staat“, die zur „Verschlankung“ des Staates führte und dem Kapital neue Verwertungsmöglichkeiten eröffnete. Nicht lukrative Abschnitte blieben buchstäblich auf der Strecke und viele Menschen mussten längere Fahrwege in Kauf nehmen. Über 3.600 km Strecken des Schienen-Personenverkehrs wurden eingestellt, während lediglich 800 km reaktiviert

worden sind. Die Investitionen für das deutsche Schienennetz sind erheblich niedriger als in anderen Ländern, 2017 beliefen sie sich auf 69 Euro pro Kopf, in Schweden waren sie dreimal so hoch und die Schweiz investiert mit 362 Euro bereits das Fünffache. Seit 2000 wurden 336 Bahnhöfe stillgelegt, 80% davon den Gemeinden der neuen Bundesländer gelegen. Ein weiteres Ärgernis sind Zugausfälle, rund 10 Fernzüge pro Tag sind in den ersten drei Monaten des Jahres 2019 ersatzlos ausgefallen, das sind 900 Züge, die allerdings überhaupt nicht in der Verspätungsstatistik auftauchen. Bei den Verspätungen dürfte neben der Streckenkürzung auch die Reduktion der Zahl der Weichen von 131.968 auf 66.591 eine wesentliche Rolle spielen. Im Internet kursieren Witze über die DB, da wird der Fahrplan als unverbindliche Abfahrtsregelung mit Gleisvorschlag bezeichnet. Das spricht für die leidvolle Erfahrung zahlreicher Fahrgäste der DB. Es ist davon auszugehen, dass diese Witzvorlage noch länger bestehen bleibt. 2018 sollten immerhin 80 Prozent der Züge pünktlich sein, von diesem ehrgeizigen Ziel nahm die Bahn Abstand und peilt für 2019 ein Pünktlichkeitsziel im Fernverkehr von 76,5 Prozent an, sagte Lutz der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Zu 2) Mehr Verkehr auf einem viel zu kleinem Schienennetz, ein Anstieg des Eisenbahnpersonenverkehrs um 40% und ein Anstieg des Eisenbahngüterverkehrs um 65% seit 1994 und die Halbierung der Belegschaft auf der Schiene, verdeutlichen ein krasses Missverhältnis. Trotz des Anstiegs des Eisenbahngüterverkehrs liegt der Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene gerade einmal bei 19,5% dagegen bei 70% auf der Straße (2017). Dieser Anteil wird sich demnächst mit Sicherheit erhöhen durch die Zulassung von Megalinern am 2.10.2019. Die Prognosen aus Schweden bestätigen das, die solche Megaliner Anfang der 90iger zugelassen haben, zu ähnlich kritischen Prognosen kommt das Fraunhofer Institut. Diese Entscheidung war eine klare Absage an den Umweltschutz und die Absicht, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Die kontinuierliche Erhöhung der Trassenpreise für die Nutzung des Streckennetzes beträgt für den Zeitraum von 2013 bis 2018 im Personenverkehr 18 Prozent und im Güterverkehr 13 Prozent. Im Gegensatz dazu sinken die LKW Maut-Preise für den Transport von

Gütern auf der Straße. Diese Strukturen begünstigen den Transport auf der Straße und das in Zeiten, in denen nicht zuletzt aus Klimaschutzgründen der Verkehr tatsächlich auf die Schiene gehört, allerdings auf ein gut ausgebautes intaktes Schienennetz mit gut gewarteten, technisch einwandfreien Zügen.

Zu 3) Laut Bundesrechnungshof hat sich die finanzielle Lage des Konzerns weiter verschlechtert und Mitte des Jahres 25,4 Mrd. Euro erreicht und damit den vom Bundestag festgelegten Grenzwert überschritten. Bei einer Verzögerung des Verkaufs wird eine Finanzierungslücke von 3 Mrd. Euro erwartet und der Konzern wird nicht in der Lage sein, notwendige Investitionen zu tätigen, ohne dass der Bund als Alleineigentümer einspringen muss. Pressemeldungen vom November dieses Jahres zufolge soll die Arriva momentan doch nicht verkauft werden. Die Steuerzahlerin und Steuerzahler werden wohl erneut an den Entgleisungen der Deutschen Bahn AG beteiligt werden über die Steuern und den erhöhten Preis für das Normalticket, der seit 2003 um 50% gestiegen ist.

Festzuhalten bleibt, dass das Unternehmen Deutsche Bahn AG alle drei Ziele nicht erreicht hat. Der Service ist ausgedünnt worden, noch immer wird der Löwenanteil der Transporte über die Straße abgewickelt und die Zuschüsse durch den Bund erhöhen sich kontinuierlich. Die ehrgeizigen Pläne, als Global Player zu agieren, haben für die Deutsche Bahn AG keine finanziellen Gewinne gebracht. Die Ergebnisse sprechen gegen eine Privatisierung der Deutschen Bahn AG.

### **Back to the roots: „Eine Bahn für alle“**

Die Bundesregierung wäre gut beraten, den Empfehlungen des Sonderberichts des Bundesrechnungshofes vom Anfang des Jahres zu folgen: „sicherzustellen, dass Ausbau und Erhalt des Schienennetzes und die Verkehrsangebote der Eisenbahnen des Bundes auf diesem Schienennetz dem Wohl der Allgemeinheit Rechnung tragen (Gewährleistungsauftrag nach Artikel 87e Grundgesetz). Die Bundesregierung ist auch für die unternehmerische Tätigkeit der DB AG verantwortlich, wie das Bundesverfassungsgericht im November 2017 klargestellt hat.“

Der Bundesrechnungshof sieht also den Bund in der Pflicht, sich auf seine ursprüngliche Aufgabe zu besinnen, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, mit dem es der Deutschen Bahn AG tatsächlich gelingt, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Er empfiehlt darüber hinaus, sich von bahnfremden Geschäftsfeldern zu trennen, u.a. Schenker und Arriva zu verkaufen, das Geld in Neu- und Ausbau des Schienennetzes zu investieren und sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren, für das der Bund die Verantwortung trägt.

Ein Blick auf den Bundeshaushalt 2020 gibt jedoch Anlass zu berechtigten Zweifeln: der Straßenneubau wird auf knapp 8 Mrd. Euro fortgeschrieben und soll in den Folgejahren noch erhöht werden. Für die Schiene ist eine Erhöhung des Etats von gerade einmal 1 Mrd. Euro vorgesehen, der Aus- und Neubau dagegen soll jedoch um 100 Millionen auf 1,5 Mrd. Euro gekürzt werden. Der Vorrang der Schiene vor dem Straßenverkehr scheint offensichtlich für die Politik noch immer keine Priorität zu haben. Auch der Ausbau des ÖPNV wird nicht konsequent genug vorangetrieben, da 15 Modellprojekte für den städtischen Nahverkehr kein Ersatz für ein flächendeckendes ganzheitliches Konzept sind, das den Verkehr entlastet und das CO2 deutlich reduziert. Es ist, als würde eine große unsichtbare Macht die Automobilbranche beschützen, statt die Menschen und die Umwelt. Möglicherweise ist die Macht aber auch sichtbar und sitzt in der Regierung, in Gremien und Aufsichtsräten und vielleicht trägt die menschliche Vernunft doch noch den Sieg davon über Profit- und Machtinteressen. Und dazu nochmals Winfried Wolf: „Erforderlich ist vielmehr eine grundlegende Neuaufstellung der DB als öffentliches Unternehmen. Menschen, Umwelt und Wirtschaft brauchen den Ausbau einer ökologisch verträglichen Elektromobilität und das ist diejenige auf der Schiene.“ Dafür wird es auf jeden Einzelnen von uns ankommen, den Protest auf der Straße zu verbreitern und auch in den Parlamenten die herrschende Politik auf die Anklagebank zu setzen. Eine Bahn für alle, die pünktlich, zuverlässig, technisch einwandfrei und flächendeckend ist, werden wir nicht kampflös erreichen, doch wir sollten den Kampf verstärkt aufnehmen.







# LINKE FOR FUTURE – KLIMAREVOLUTION ALS SOFORTFORDERUNG

von Thies Gleiss

Die LINKE hat – so sagen es auch die Umweltverbände und Fachleute immer wieder – von allen politischen Parteien das klarste und entschiedenste Programm einer politischen Antwort auf die ökologische Krise. Die „Papierlage“ ist eindeutig: Sowohl in den programmatischen Grundlagen wie dem Gründungsprogramm von 2011, dem „Plan B für ein rotes Projekt zum sozial-ökologischen Umbau“ von 2012, den Konferenzen, die zu diesem Projekt gemacht wurden, den diversen Wahlprogrammen in Ländern, im Bund und zur EU-Wahl, als auch in zahllosen Einzeltexten und parlamentarischen Initiativen zur Verkehrs-, Energie-, Landwirtschafts- und Klimapolitik wird dies deutlich. Politische Erklärungen der Parteivorstände und -vorsitzenden, Flyer zu Klima-Aktionen und politische Artikel von LINKE-Autor\*innen im Kontext der Partei oder der Rosa-Luxemburg-Stiftung ergänzen dieses Bild. Letztlich gibt es mehrere Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften, die neugegründete BAG Klimagerechtigkeit und die politische Strömung „Ökologische Plattform“, die das Ökologiethema in der LINKEN sehr lebendig halten. Und – am wichtigsten – viele Mitglieder der LINKEN, gerade von den jungen und neu eingetretenen, sind in der Bewegung für Klimagerechtigkeit aktiv.

Wer sich die Mühe macht, all die Veröffentlichungen zu diesem Thema

zu zusammenzustellen, wird schon ein extra Bücherregal dafür bereitstellen müssen.

Jetzt diskutiert die Fraktion der LINKEN im Bundestag einen neuen übergreifenden „Aktionsplan Klimagerechtigkeit“, der all die verschiedenen Aspekte und Handlungsfelder einer linken Klima- und Umweltpolitik zusammenzuführen versucht.

Der Vorwurf, die LINKE würde das Thema ökologische Krise vernachlässigen, ist deshalb unberechtigt; wie auch die gegenteilige Unterstellung, die LINKE wolle eine „ökologische Lifestyle Partei“ werden und sehe die „soziale Frage“ nicht mehr. Trotzdem gibt es diese gegenseitigen Vorwürfe, auch und besonders auf Führungsebene. Dass es diese Metaebene des Parteistreiches gibt (teilweise sogar mit hanebüchenen Auftritten, wie denen der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden), ist Teil, aber auch Ergebnis der mangelnden öffentlichen Wahrnehmung der LINKEN als ökologische Partei. Wie kann das passieren, dass die Partei mit den besten umweltpolitischen Positionen in der Öffentlichkeit nicht als „die eigentliche grüne Partei“ angenommen wird – und zwar sowohl in der vom politischen Gegner dominierten „herrschenden Politik“ und ihren Medien, als auch bei den kapitalismuskritischen Kräften in der Gesellschaft und der Bewegung für Klimagerechtigkeit?

## Die Geschichte linker Klimapolitik – im Schnelldurchgang

Die Scheinwissenschaft der „Demoskopie“, die stets versucht, kollektive gesellschaftliche Prozesse auf individuelles, in der Regel nur Wahlverhalten bei Parlamentswahlen herabzukochen, liefert nur tautologische Erklärungen dafür, dass die LINKE nicht richtig als Ökologiepartei ernstgenommen wird. Sie hätte keine umweltpolitische Kompetenz, weil sie keine umweltpolitische Kompetenz hat. Na denn, vergessen wir's. Die Gründe, warum ökologisches Bewusstsein sich nicht in der LINKEN politisch organisiert und an ihr orientiert, sind vielschichtig, aber dennoch leicht zu erfassen: Es sind historische, programmatische und strategische Gründe.

Seit gut fünfundvierzig Jahren hat die politische Linke in Deutschland das Ökologie-Thema für sich erkannt und die größten sozialen Massenbewegungen haben seit den späten siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts in diesem Kontext stattgefunden. Die Massenbewegungen gegen die Atomkraft und andere umweltzerstörende Projekte haben das politische Bewusstsein maßgeblich verändert. In der Rangfolge der politischen Sorgen steht die Umweltzerstörung seit dieser Zeit immer

in der Spitzengruppe, konjunkturell zwischen Platz eins und vier schwankend, aber immer massiv präsent. Im Alltagsbewusstsein, das sich in den Werbetechniken der Konsumgüterindustrie widerspiegelt, wurde der Werbezusatz „Bio“ oder „Öko“ fast kontinuierlich auf den zweiten Platz der wichtigen Reizworte verortet, hinter dem im Kapitalismus notorischen Sieger „kostenlos“ und vor dem jahrzehntelang dominierenden „neu“.

Es gab bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eine jugendliche Massenbewegung, die mit dem Aufbruch von Fridays for Future und anderen Gruppen von heute qualitativ und quantitativ vergleichbar ist. Sie begann als Protest gegen die Atomenergie, wurde dann aber schnell zu einer Ökologiebewegung mit eigener Kultur, eigenen Strukturen und dem Streitigmachen der bisherigen Hegemonie in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Ein überwiegender Teil der nicht-sozialdemokratischen, radikalen Linken aus der vorhergehenden Aufbruchsbewegung der 68er, von dem sich wiederum ein großer Teil mittlerweile in sehr verunglückten mao-stalinistischen K-Gruppen organisiert hatte, löste sich in diese neue Massenbewegung auf und prägte die ersten Jahre deren politische Radikalität. Aber auch die sozialdemokratischen Kräfte – in SPD und in den Gewerkschaften – mussten sich unter dem Druck der Bewegung nach links und zu den neuen ökologischen Themen öffnen.

Wie nach jeder solcher Bewegungen gab es in einer zweiten Phase eine breite Organisationsdebatte, die zwar die Bewegungsstrukturen teilweise schwächte, aber dafür die Organisation von politischen Organisationen vorantrieb. Das Ergebnis war die Gründung der GRÜNEN, der bedeutendsten neuen Linkspartei nach dem zweiten Weltkrieg. Programmatisch waren die GRÜNEN weit links von der SPD und radikaler, vor allem unkonventioneller und risikobereiter als die LINKE von heute. Sie setzten das „Jahrhundertthema Ökologie“ in die politische Alltagspraxis und in der ersten Liga der Politik um.

Von den GRÜNEN und dem weiteren politischen Umfeld der Ökologiebewegung ging eine Welle von wissenschaftlichen Debattenbeiträgen aus, die heute eine denkwürdige Wiederholung erfahren. Themen wie Verkehrswende, Konversion von überflüssigen und

schädlichen Produkten, Energiewende, ökologisches, faires Weltwirtschaftssystem, aber auch Untersuchungen über „Marxismus und Ökologie“, Arbeiter\*innenbewegung (auch das Sternchen fand damals erstmals Verwendung) versus Umweltbewegung wurden zwischen 1978 und 1986 in riesigem Umfang bearbeitet. Alle großen Verlage (die digitale Welt gab es ja noch nicht für das gemeine Volk) hatten eigene Reihen und Veröffentlichungen zu diesen Themen. Eine eigene Kultur aus Verlagen, Zeitschriften und Instituten der Ökologiebewegung wurde zum dynamischsten Element der Politik dieser Zeit.

Seit 1978 mit dem Höhepunkt des Einzugs in den Bundestag 1983 entstand auch eine große Menge an parlamentarischen Initiativen, einschließlich umfangreicher Analysen, Anfragen und Gesetzesentwürfe. Das üppige, professionelle Politikangebot im Parlamentarismus, das heute auch eine Generation von Angehörigen der LINKEN bezirzt, überrollte auch die GRÜNEN.

## ***Das Thema Ökologiekrise ist historisch verrutscht im Selbstverständnis der LINKEN, es ist zentral und randständig zugleich.***

Die weitere Entwicklung ist bekannt: Die Sozialdemokratie bekam buchstäblich den Auftrag, diese radikale Generation von Bewegungs- und Ökologie-linken heim ins Reich der bürgerlichen Demokratie zu holen. Spätestens 1986 war diese Operation gelungen. Die GRÜNEN veröffentlichten ihr reformistisches „Umbauprogramm“ und übernahmen immer mehr die Floskelradikalität, die von der SPD seit Jahrzehnten bekannt war. Sie wurden regierungsfähig, in den Ländern wuchs eine Masse an Berufspolitiker\*innen heran, die den damals von den GRÜNEN so genannten „Durchmarsch der kommunalen Gartenzwerge“ betrieben. Das Programm übernahm Etappentheorien und Kleinschrittigkeit, die alles wiederkäuerten, was die Sozialdemokratie schon lange verdaut hatte. Die Mitgliedschaft wurde zweimal fast komplett ausgetauscht und die Führung übernahm als letzte Konsequenz die bürgerlichen Pflichtpunkte: Zustimmung zu Bundeswehr und Nato, zu Kriegseinsätzen und generell zur kapitalistischen Marktwirt-

schaft und den Antikommunismus als Staatsreligion.

Bereits damals formierten sich in den GRÜNEN allerdings auch schon die Kräfte, die in einer zweiten SPD keine Zukunft sahen, sondern zielstrebig die GRÜNEN zur neuen, modernen, ökologischen Bürgerpartei aufbauen wollten, die heute die Partei erobert und ihre Ziele erreicht haben.

Alein das Jahrhundertthema „Ökologie und Umweltzerstörung“ blieb.

## **Die Ungnade der späten Geburt**

Die LINKE ist zwanzig Jahre nach dieser Charakteränderung der GRÜNEN gegründet worden. Zu ihren Gründungskräften gehören neben dem großen Block, der aus der ehemaligen SED und dem völlig verkorksten „Sozialismusversuch“ in der DDR stammt, einige wenige, die von dieser Entwicklung der GRÜNEN enttäuscht waren, aber vor allem viele Sozialdemokrat\*innen

und 68er, die damals ausdrücklich den Weg zu den GRÜNEN verweigerten, und jetzt bitter von der SPD enttäuscht waren. Letztere brachten ihren behäbigen Strukturkonservatismus und ihre auf Eroberung der Staatsmacht, auf Etappentheorie und den Weg der kleinen Reformen fixierte Politikvorstellung mit, die bestens mit den Alt-SED'ler\*innen harmonierte, die gerade ihren Staat verloren hatten und von einem neuen träumten. Unter den Theorieangeboten des „westlichen Marxismus“ fand ausgerechnet die „Theorie vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ eine letzte Insel zum Überleben in der LINKEN, das heißt die Theorie, die von allen linken Theorien am wenigsten etwas mit dem neuen Jahrhundertthema Umwelt anzufangen wusste.

Aber nicht jedes Erbe ist auszuschlagen. Die Realität des Kapitalismus im 21. Jahrhunderts zwingt die LINKE, sich umfassend mit dem Thema Umweltkrise und den Vorarbeiten, die die GRÜNEN dazu geleistet haben, zu befassen, aber es will nicht richtig zum bisherigen

Politikverständnis der Gründungskräfte der LINKEN passen. Deshalb ist das Thema Ökologiekrise historisch verrutscht im Selbstverständnis der LINKEN, es ist zentral und randständig zugleich. Ob das grundlegend korrigiert werden kann, ist eine der entscheidenden Zukunftsfragen der Partei.

Die ökologische Krise der kapitalistischen Produktionsweise bringt ein paar Charaktermerkmale mit, die mit der Langweiligkeit und dem Strukturkonservatismus der LINKEN immer weniger vereinbar sind.

### **Sofort, radikal und international**

Da ist zunächst der Zeitfaktor. Jede Analyse des ökologischen und klimatischen Zustands der Welt fordert heute politische Maßnahmen, die sofort und ziemlich umfassend angepackt werden müssen. Die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und die dafür erforderlichen Veränderungen muss in Zeiträumen umgesetzt werden, die wenige Jahre umfassen; für die meisten Menschen heißt das eine deutlich kürzere Zeitspanne als bis zum Eintritt in die Rente. Die wesentlichen Entscheidungen sind umfassend, aber eben auch Sofortforderungen. Die neue jugendliche Klimagerechtigkeitsbewegung führt das ziemlich drastisch vor Augen. Sinnbildlich wird jeweils der nächste Freitag genannt, bis zu dem etwas Grundlegendes geschehen muss. Es ist ebenfalls kein Zufall, dass in den Reihen der Öko-

logiebewegung, ohne Scheu der Begriff „Revolution“ benutzt wird. Es wäre ja schön, wenn die alten sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften, endlich begreifen würden, dass auch ihre Ziele nicht im Schnecken tempo, sondern nur revolutionär zu erreichen sind. In der Klimagerechtigkeitsbewegung ist das eine Binsenweisheit.

Der Kapitalismus ist nicht grün einzufärben. Seit Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts gibt es unzählige Modelle und Konzepte für eine ökologische Neuausrichtung des Kapitalismus, die allesamt nicht funktionieren: Weder ein großes Investitionsprogramm in grüne Technologien und Reparaturmaßnahmen an Boden, Luft, Wasser und Artenvielfalt, wie es schon im Brundtland-Report 1987 und der UN-Umweltkonferenz von Rio gefordert wurde, noch Verpreisung der Umweltzerstörung über Öko-Steuern und Zertifikatehandel, noch irgendwelche Sozialpakte zwischen Kapital, Staat, Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen haben den Fortgang der Zerstörung von Umwelt und Klima grundsätzlich gestoppt oder auch nur merklich verlangsamt. Wenn die Umweltzerstörung zurückgeht, dann immer im Kontext von konjunkturellen Absatz- und Profitkrisen des Kapitalismus, mit großen sozialen Einbrüchen und Verschlechterungen für die Mehrheit der Menschen.

Es sind die Grundeigenschaften des Kapitalismus, die dem entgegenstehen. Alle Gegenstände und Abläufe in Kultur und Zusammenleben der Menschen

werden vom Kapital in Waren verwandelt. Ihr Wert und Gebrauchswert werden auseinandergerissen. Das führt einerseits zu einer fortschreitenden Parzellierung dieser Gegenstände und Abläufe, bis buchstäblich zu kleinsten molekularen Zusammenhängen, die zum Gegenstand einer auf Profit ausgerichteten Produktion werden. Alle Dinge, die bei dieser Parzellierung stören, werden externalisiert und der Allgemeinheit als Kosten oder Schaden aufgehalst. Gleichzeitig werden die Besitzverhältnisse weltweit immer mehr zentralisiert, bis zu der heutigen Realität, dass eine klitzekleine Gruppe von Menschen über die großen Konzerne und auch die Regierungspolitik bestimmt und sich die Profite aneignet. Der Wachstumszwang der Profite ist die entscheidende DNA im Kapitalismus, die auch dann nicht auszuschalten ist, wenn es irgendein Gremium beschließt.

Die ökologische Revolution muss also in diese grundlegenden Mechanismen des Kapitalismus eingreifen, um eine schnelle Veränderung zu erzielen. Die Eigentumsverhältnisse müssen umgekrempelt werden. Kein Privateigentum an Produktionsmitteln, kein Zwang, die Arbeitskraft als Lohnarbeit zu verkaufen, keine Verwandlung der Teile in Waren – das müssen die Tagesziele werden.

Auch das neue Jahrhundertthema Ökologie hat wie die alten Jahrhundertthemen eine spezielle Begründung des Internationalismus als Fundament linker Poli-

### ***Der Kapitalismus ist nicht grün einzufärben***



tik geliefert. Es ist geradezu Sinnbild der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung, dass die Klimazerstörung keine Grenzen kennt, sondern im Gegenteil die durch soziale Mechanismen wie Krieg und Ausbeutung erzeugten Ungleichheiten noch einmal vertieft. Die Menschen auf der Flucht, die Heimatlosen und Vertriebenen – das ist das Gegenstück zur Klimazerstörung.

Sofortwirksamkeit, Radikalität und der Internationalismus sind mit dem Politikverständnis der meisten LINKEN leider nicht automatisch zu vereinbaren und werden gerne von sich gewiesen. Das muss nicht immer in so furchtbaren Ersatztheorien münden wie dem von einigen LINKEN favorisierten Nationalsozialdemokratismus. Dieser moderne Internationalismus wird auch gerne nur verdrängt und als nebensächlich abgetan.

## Der linke grüne New Deal

Maßgebliche Kräfte in der LINKEN, auch der neue Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Bundestagsfraktion wollen die bisherige Schwierigkeit der LINKEN, das Thema Ökologiekrise und Klimagerechtigkeit in ihre Politik zu integrieren, mit einer Kampagne für einen „Linken Green New Deal“ beheben. Ein umfassendes Programm von tausenden von Einzelmaßnahmen soll eine „Klimawende“, eine „Energiewende“, eine „Verkehrswende“ und neue Welthandels- und Friedenssysteme begründen und sehr kurzfristig umsetzen.

Fast jede dieser Einzelmaßnahmen, die darin gefordert werden, ist sinnvoll. Mit einigen habe ich weiterhin meine Probleme. So soll die CO<sub>2</sub>-Steuer in Höhe von 30 Euro pro Tonne im Bereich Kraftwerke und Industrie (in anderen Bereichen wie Wärme und Verkehr nicht) eingeführt werden. Andere Maßnahmen fehlen mir: So ist es eine sinnvoll, um den Fortgang der Zersiedelung und der Trennung von Wohn-, Einkaufs- und Arbeitsplätzen zu mindern, die Bezahlung der Fahrtzeit zum Arbeitsplatz als Arbeitszeit zu verlangen.

Aber insgesamt verhüllt die Menge an Einzelforderungen, die Notwendigkeit schnell und radikal Maßnahmen gegen die Macht der Profitwirtschaft und des Privateigentums an Produktionsmitteln zu ergreifen.

Es dürfen die großen Weichenstellungen einer linken Umweltpolitik aber nicht in einer Fülle aneinandergerieh-

ter Einzelforderungen unkenntlich gemacht werden. Es muss klar sein

- dass weniger Energie verbraucht wird;
- dass weniger Autos und sonstige schädliche Produkte auf die Straßen dürfen;
- dass Verkehrswege und Transportwege drastisch reduziert werden;
- dass mehr Dezentralismus und regionale Kreisläufe entwickelt werden;
- dass Entschleunigung ein neues Leitbild der gesellschaftlichen Entwicklung wird;
- dass die ökologische Krise mit der sozialen Krise aus Ungleichheit und Ungerechtigkeit zusammen gelöst wird;

Allein diese Auflistung der großen Zielsetzungen zeigt, dass dies nicht mit der herrschenden Eigentumsordnung vereinbar sein wird. Die Eigentumsfrage ist für die LINKE gerade durch die Klimakrise verstärkt in den Mittelpunkt gerückt.

Der Begriff New Deal erinnert an die politischen Maßnahmen in den USA der dreißiger Jahre, vor allem der Roosevelt-Präsidentschaft. Hier soll ausdrücklich daran erinnert werden, dass dieser New Deal auf dem Hintergrund großer sozialer Unruhen und gewerkschaftlicher Kämpfe stattfand. Es war der – letztlich erfolgreiche – Versuch der herrschenden Klasse den Kapitalismus zu retten und wieder größere Akzeptanz bei den Massen zu bekommen.

Die LINKE sollte nicht versuchen, den Kapitalismus zu retten, sondern ihn bekämpfen und abschaffen. Der New Deal hat die grundlegenden Mechanismen des Kapitalismus – mehr Wachstum, mehr Energieverbrauch, mehr Ressourcenvergeudung, mehr Verwandlung in Waren – nicht ausgesetzt, sondern ausdrücklich gefördert.

Der Zusatz „Green“ zum New Deal wurde erstmals schon in den achtziger Jahren benutzt. Seit 2009 ist er offizielle Zielsetzung in den Programmen der GRÜNEN. Zur EU-Wahl 2019 hat die Organisation auch DIEM25 den Green New Deal ausdrücklich zum Programm erklärt. Heute ist er vor allem in den USA bei den neuen, links-sozialdemokratischen Demokraten – Bernie Sanders, Alexandra Ocasio-Cortez und anderen – verbreitet. Auch dort wird er

nicht als Kampfprogramm gegen den Kapitalismus, sondern als Reparaturprogramm für ihn benutzt.

Wenn die LINKE jetzt noch den Zusatz „linker“ Green New Deal einführen will, so klingt das nicht nur sehr bemüht, sondern ist es auch. Die grundlegende Kritik, dass auch damit nur eine Reparatur des Kapitalismus angesprochen werden soll, bleibt.

Linke Politik gegen die Klimazerstörung muss im Mittelpunkt ordnungspolitische Maßnahmen gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln haben. Wir müssen deutlich machen, dass weniger Autos produziert, weniger Strom konsumiert, weniger Energie vergeudet und Rohstoffe verschwendet werden dürfen. Unser Modell ist eine weltweite sozial gerechte Wirtschaftsordnung, die weniger zentralisiert ist als der heutige Imperialismus, die entschleunigt und nicht weiter beschleunigt und die auf allen Ebenen den Kapitalismus zurückdrängt, einschließlich neuer solidarischer Mechanismen zur Kriegsvorbeugung.

New Deal – egal ob als linker oder grüner oder beides – will die Zukunft mit denen, die sie heute mit aller Macht verbauen, aushandeln. Das wird nicht klappen. Linke Politik muss handeln und nicht verhandeln, sie muss sich den Kräften des Kapitals entgegenstellen und durch Boykott, Verweigerung, Streiks, und wie es auch immer genannt wird, die kapitalistische Normalität stoppen und durchbrechen, um einer sozialistischen Alternative den Weg zu bereiten.



# DER PUTSCH VON GANZ OBEN

von Jürgen Aust

*Jürgen Aust ist Mitglied des BSpR der AKL sowie im Landesvorstand der LINKEN in NRW.*

Als einer der wenigen investigativen Journalisten erhob Arno Luik wie nahezu kein anderer seiner Zunft in einem Essay im „Stern“ vom 21.10.2004 eine außergewöhnlich scharfe Anklage gegen die von der SPD geführte Bundesregierung und ihre Agenda-Politik: „Ein Putsch von ganz oben. Wirtschaft und Politik bauen diesen Staat rücksichtslos um. Was der SPD gestern noch heilig war, ist heute Teufelszeug. Die Reformen zertrümmern das Land - es wird kalt in Deutschland.“

Die sog. Reformen waren gewissermaßen das Meisterstück des neoliberalen Basta-Kanzlers Gerhard Schröder, mit denen er gemäß seiner historischen Regierungserklärung vom 14.03.2003 Deutschland und seiner Bevölkerung eine neue Wirtschafts-, Steuer- und insbesondere Sozialpolitik verordnete. Sein berühmt-berüchtigtes Credo lautete: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von den einzelnen fordern müssen....Und wir müssen den Mut aufbringen, uns und unserem Land jetzt die Veränderungen zuzumuten, die notwendig sind, um es wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa zu führen...Heute ist der Umbau des Sozialstaates, ist seine Erneuerung unabweisbar geworden.“ Der damalige BDI-Chef, Michael Rogowski, erklärte jedoch, dass die Reformen noch viel weiter gehen müssten und auch die Grünen-Fraktionschefin, Göring-Eckart, wollte nicht abseits stehen und sekundierte im Brustton der Überzeugung: „Ja, diese Reformen müssen wir durchziehen.“ Gleichzeitig schalteten

mehrere Konzerne und ihre Think-Tanks ganzseitige Anzeigen u.a. in der SZ unter der Überschrift „Auch wir sind das Volk...Die Reformen sind überlebensnotwendig.“

Als dann zum 01.01.2005 Hartz IV in Kraft trat, wurde der interessierten Öffentlichkeit zum ersten Mal bewusst, was mit Schröders „Mut- und Wutrede“ überhaupt beabsichtigt war. Denn es ging im Kern um ein monströses Massenverarmungsprogramm mit dem zentralen Zweck, die Sozialleistungen in Form der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe radikal zu kürzen, den Anspruch auf Arbeitslosengeld auf 12 Monate zu beschränken, alle Arbeitslosen mit einem bisher in der Arbeitsförderung unbekanntem Sanktionssystem zu konfrontieren und ein neues System der Lohnsubventionierung einzuführen, um das Kapital bei den Arbeitskosten spürbar zu entlasten.

## Marktradikale Strukturreformen

Doch bevor das Hartz IV-Regime das Licht der Welt erblickte, waren bereits unmittelbar nach Regierungsantritt im Jahre 1998 weitreichende „Reformen“ eingeführt worden mit dem Ziel, die Wirtschaft in Milliardenhöhe zu entlasten und ihrer seit Jahren geäußerten Kritik an den zu hohen Kosten des Sozialstaats und der angeblichen Überregulierung staatlicher Sicherungssysteme großzügig entgegen zu kommen. Der ökonomische Hintergrund dieses Trommelfeuers bestand im wesentlichen darin, dass die Massenarbeitslosigkeit auf ca. 4,5 Mio. arbeitslose Menschen in 2002 angestiegen war und der Regierung immer wieder weitgehende Handlungsunfähigkeit vorgeworfen wurde. Denn logischerweise sanken im konjunkturellen Abschwung die Einnahmen von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Sozialversicherung, während Ausgabe und Defizite anstiegen. Schröder war bereit, dem Ruf der

Wirtschaft nach einem Umsteuern der Regierungspolitik bereitwillig zu folgen und trug dem Rechnung durch die Einsetzung des sog. Hartz-Kommission, die unter der Moderation der Bertelsmann-Stiftung von Februar bis August 2002 tagte und unter großer medialer Begleitung dann im Frankfurter Dom ihr Gutachten vorstellte.

Die Einsetzung der Hartz-Kommission war ein ganz besonderer Coup eines „skrupellosen Netzwerkes aus Politikern, Top-Managern und Justiz“ wie Jürgen Roth in seinem Buch „Der Deutschland-Clan“ diese neoliberalen Strukturen charakterisierte. Denn unter den 15 Mitgliedern waren allein 8 Topmanager und Vertreter von Wirtschaft und Unternehmensberatungen, wie u.a. Eggart Voscherau (Vorstand der BASF AG), Norbert Bensele (Vorstand der Daimler Chrysler Services AG), Peter Kraljic (Direktor von McKinsey & Company) Jobst Berger (Roland Berger Strategy Consults) oder Heinz Fischer (Abteilungsleiter Personal der Deutsche Bank AG). Diese marktradikale Formation wurde dekoriert durch zwei Vertreter der Gewerkschaften und zwar Isolde Kunkel-Weber (Bundesvorstand von ver.di) und Peter Gasse (Bezirksleiter der IG Metall NRW). An der Spitze dieses Gremiums residierte mit Peter Hartz ein Mitglied des VW-Vorstandes und enger Vertrauter von Gerhard Schröder, der der Kommission seinen Namen verlieh.

Das Ergebnis der Hartz-Kommission war aufgrund ihrer Besetzung nahezu vorprogrammiert: es bestand im wesentlichen aus einer drastischen Reduzierung sozialer Leistungen, einem neoliberalen Umbau der Arbeitsverwaltung und einem Repressionssystem in Gestalt von Sanktionen, die in der bis dahin über 50-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland völlig unbekannt waren. Das gewissermaßen Herzstück aber war die Zusammenführung der bisherigen Arbeitslosenhilfe mit der erheblich geringeren Sozialhilfe, so dass die Sozialleistungen für alle arbeitslosen Menschen nur noch auf

Sozialhilfeniveau waren. Dies bedeutete z.B. für eine vierköpfige Familie (Ehepaar mit zwei kleinen Kindern) einen dramatischen finanziellen Absturz, da sie mit Hartz IV ca. 800 Euro mtl. weniger Geld zur Verfügung hatten. Um nämlich alle Hartz IV-Bezieher\*innen an den Rand des finanziellen Ruins zu bringen, wurden sämtliche zusätzlichen Sozialleistungen wie z.B. Kindergeld oder Wohngeld nunmehr gnadenlos angerechnet, während jeder Geringverdiener darauf einen gesetzlichen Anspruch hat. Hartz IV war damit ein Massenverarmungsprogramm, das alle arbeitssuchenden oder arbeitslosen Menschen gefügig machen sollte, um jede noch so gering bezahlte Arbeit anzunehmen. Durch die bereits Anfang 2003 eingeführten Minijobs sowie die gleichzeitig liberalisierten Voraussetzungen der Leiharbeit wurden für das Kapital Bedingungen geschaffen, die mit einem Einsparvolumen bei den Arbeitskosten in zweistelliger Milliardenhöhe verbunden war.

### Doch Kapital und Politik reichte das alles noch nicht

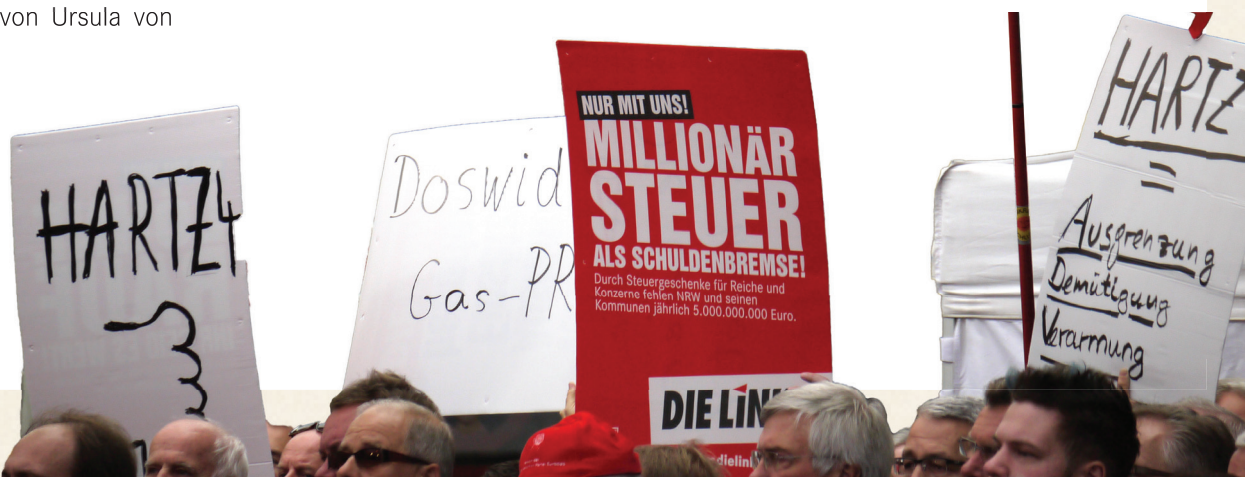
Doch die in den Jahren 2003 und 2004 von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen reichten den Unternehmerverbänden und den ihnen hörigen Politikern noch nicht aus. Nachdem nach Inkrafttreten von Hartz IV eine große Zahl junger Menschen im Erwachsenenalter ihre Ansprüche auf Hartz-Leistungen realisierten und u.a. aus dem elterlichen Haushalt auszogen, beschnitt der spätere FDP-Lobbyist und Arbeitsminister Wolfgang Clement radikal die Leistungen der unter 25-jährigen, indem er für sie eine „Stallpflicht“ verordnete, also sie zwang, bei den Eltern wohnen zu bleiben, es sei denn, dass besondere Härtegründe für das Verlassen des elterlichen Haushalts vorhanden waren. Dies war bereits Ende 2005 das erste größere Spardiktat in Milliardenhöhe. In der Folgezeit wurde mit Antritt von Ursula von der Leyen als Arbeitsministerin im Jahre 2010 ein weiteres milliardenschweres Sparprogramm aufgelegt, das allein bei den Hartz-Leistungen bis 2014 ein Ein-

sparvolumen von über 30 Mrd. Euro (!) vorsah. So wurde u.a. die bis dahin geringe rentenrechtliche Absicherung bei Hartz IV gestrichen mit der Folge, dass damit 7,2 Mrd. Euro bis 2014 der Rentenkasse fehlte. Hatten arbeitslos gewordene Menschen nach Auslaufen ihres Anspruchs auf Arbeitslosengeld noch für die Dauer von zwei Jahren einen Anspruch auf einen befristeten Zuschlag (im 1. Jahr 320 Euro für Ehepaare und 160 Euro für Alleinstehende), wurde dieser nunmehr vollständig gestrichen, womit den Betroffenen Leistungen i.H. von ca. 1 Mrd. Euro entzogen wurden. Schließlich beinhaltete das Sparpaket die vollständige Anrechnung von Elterngeld auf die Hartz IV-Leistungen. Gemeinsam mit der gesenkten Nettolohnersatzrate von 67 auf 65 Prozent machte das etwa ein weiteres Streichvolumen von ca. 2,4 Mrd. Euro bis 2014. Schließlich trug die neue Regelsatzhöhe ab Januar 2011 nicht ansatzweise den Bedenken des BVerfG Rechnung, weil von der Leyen nicht ansatzweise, Interesse hatte, den Regelsatz deutlich zu erhöhen, sondern er wurde nach wie vor unter Mißachtung zahlreicher wissenschaftlicher Studien kleingerechnet mit der Folge, dass solche Bedarfspositionen wie Ernährung, Mobilität, Strom, etc. eine erhebliche Unterdeckung aufwiesen.

Diese marktradikalen Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Ärmsten wurden anlässlich des fünfjährigen „Geburtstags“ von Hartz IV im Jahre 2010 breit kritisiert und insbesondere der menschenunwürdig niedrige Regelsatz in Höhe von 345 Euro zu Beginn seiner Einführung stand seit langer Zeit unter Dauerbeschuss. So hatte der bekannte Sozialwissenschaftler Friedhelm Hengsbach in seiner außergewöhnlich scharfen Kritik in seiner Rede auf dem Berliner Armutskongress am 19.06.2010 das Hartz IV-Regime als „Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen die arm Gemachten“ charakterisiert. Zur selben Zeit lag dem Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde vor, wo-

nach der Hartz IV-Regelsatz wegen seiner völlig unzureichenden Höhe als mit dem Grundsatz der Menschenwürde für unvereinbar erklärt wurde (Art. 1 GG). Das Verfassungsgericht vertrat jedoch in seiner Entscheidung vom 07.02.2010 die Auffassung, dass der Regelsatz „so gerade noch“ verfassungsgemäß sei, forderte aber den Gesetzgeber auf, den Regelsatz unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu zu berechnen.

Es dauerte jedoch nicht lange, dass das neoliberale Lager in Gestalt von Arbeitgeberverbänden, Politik und marktradikalen Medien zum Gegenschlag ausholte. Ein Vertreter des neoliberalen Hardcore-Lagers und Repräsentant des Wirtschaftsrates der CDU, der damalige Ministerpräsident Roland Koch, machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und erklärte in einem Interview in der „Wirtschaftswoche“ vom 16.01.2010 u.a.: „Dann ist es ganz unvermeidlich, dass wir bei den großen Ausgabenblöcken streichen....wir müssen das Geld aus allen anderen Feldern, also auch aus dem Sozialbereich holen..... beispielsweise in der Arbeitsverwaltung (sind) Milliardenbeträge (!) einzusparen....Wir haben Menschen, die mit dem System spielen und Nischen ausnutzen....wenn man das nicht beschränkt, wird das System auf Dauer illegitim.....Politik muss die notwendige Härte zeigen.“ Dieser abgrundtiefe Zynismus und Verachtung gegenüber Menschen, die von dem kapitalistischen System nicht mehr gebraucht werden, war aber nur eine Steilvorlage, um zur weiteren Hetzjagd gegen die angeblichen Versager und Verweigerer zu blasen. Kurze Zeit später legte der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle in Springer's Welt (wo auch sonst) nach und denunzierte die auf Hartz IV angewiesenen Menschen mit dem Spruch: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ Er phantasierte, dass die Debatte über das Urteil des BVerfG nahezu „sozialistische Züge“



trage. Dieser in den Worten des französischen Soziologen, Pierre Bourdieu, „Klassenrassismus“ war allerdings seit der kontroversen Debatte über die Agenda 2010 die zentrale Kampfansage des gesamten neoliberalen Lagers. So forderten die Vertreter des Kapitallagers bereits kurze Zeit nach Inkrafttreten von Hartz IV (offiziell: SGB II), dass „das Niveau der Lohnersatzzahlungen reduziert werden muss oder es müssen die Ansprüche auf diese Leistungen verschärft werden.“ Das Leib- und Magenblatt der Konzerne und Banken, die FAZ, klagte in einem Kommentar in der Ausgabe vom 04.06.2010 „Wenn jeder nimmt, was ihm zusteht (!), kollabiert das Sozialsystem.“ Gleichzeitig legten verschiedene Stimmen aus dem Kapitallager nach und forderten Löhne von 3 bis 4 Euro, was lt. der Dachorganisation des Unternehmerlagers, des DIHK, „selbstverständlich und zumutbar“ werden müsse.

### **Soziale Kämpfe: überwiegend Fehlanzeige**

Im Gegensatz zur rebellischen Klimabewegung war der Widerstand gegen das menschenverachtende Hartz IV- bzw. Sanktionsregime von nahezu kaum wahrnehmbaren Widerstands-Aktionen begleitet. Zwar fanden im Herbst 2004 vor Inkrafttreten von Hartz IV mehrere größere Protestkundgebungen statt, die Hoffnung einen breiteren Widerstand machten. Doch marginalisierte sich der Widerstand nach Inkrafttreten der „Hartz-Reformen“ zum 01.01.2005 relativ schnell und erschöpfte sich nahezu hauptsächlich auf die Veröffentlichung von Erklärungen, Studien oder Anträgen der Bundestagsfraktion der LINKEN, die aber von Anfang an nicht nur von den Parteien des Kapitallagers, sondern auch von SPD und Grünen samt und sonders abgelehnt wurden. Insbesondere die Gewerkschaften reagierten auf Lohnsklaverei und Leistungskürzungen in Form des Sanktionssystems mit einem nahezu „ohrenbetäubenden Schweigen.“ Bereits unmittelbar nach Veröffentlichung des Berichtes der Hartz-Kommission erklärte der DGB-Bundesvorstand, dass die Zerschlagung des Sozialleistungssystem „ein Schritt in die richtige Richtung“ sei und probte in sozialpartnerschaftlicher Tradition bereits damals den Schulterchluss mit dem Arbeitgeberlager. Dies war meines Erachtens

auch einer der wesentlichen Gründe dafür, dass der Widerstand gegen diesen kapitaldominierten Sozialabbau in Gestalt von Hartz IV nahezu kaum wahrnehmbare Dimensionen erreichte.

Doch aufgrund regelmäßiger Kritik seitens der Sozialverbände, bei denen insbesondere der Paritätische eine positive Rolle spielte, kam erstmals im Jahre 2017 in den Reihen der SPD und auch der Grünen eine Debatte über das Hartz IV-Regime auf. Während die SPD in bekannter Manier mit einem Debattenpapier unter der Federführung von Andrea Nahles „Sozialstaat für eine neue Zeit“ einige Korrekturen im System der Arbeitsförderung und Hartz IV einforderte, bekannte sich der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck erstmalig zur Abschaffung des Sanktionssystems, was starken Widerspruch beim DGB-Vorsitzenden Rainer Hoffmann auslöste. Dieser erklärte in konsequenter Fortsetzung der Unterstützung der Agenda-Politik, dass mit dem DGB eine leistungslose Grundsicherung nicht zu machen sei. Bei der nach wie vor der Agenda-Politik verpflichteten SPD-Führung verpuffte diese Diskussion jedoch relativ schnell, weil sie nach dem Rücktritt von Andrea Nahles mit nahezu nichts anderem beschäftigt waren, eine breite Diskussion über eine neue Parteiführung anzustoßen.

### **Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts als vorläufiger Schlusspunkt der „Überwindung“ des Hartz IV-Systems**

Das mit Spannung erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 05.11.2019 war alles andere als ein Durchbruch oder ein „Quantensprung“, den die Linken-Vorsitzende Katja Kipping glaubte feststellen zu müssen. Das Urteil hat nach 14 Jahren einer menschenverachtenden Repression gegen Menschen, die vom Hartz-System in die Verelendung gepresst wurden, dem Sanktionsregime einige Zähne gezogen, doch den eigentlichen Kern des Repressionssystems mit verfassungsrechtlichen Weihen versehen oder wie der seit vielen Jahren radikale Kritiker des Hartz IV-Regimes, Harald Rein, so treffend formulierte: „Dies war kein Etappensieg, sondern eine Begradigung teilweise ausufernder Sanktionspraxis von einzelnen Ämtern. Sanktionen bleiben in differenzierter Form der zentrale

Hebel repressiver Sozialpolitik.“ Denn die Hauptbotschaft des Urteils, dass Sanktionen von mehr als 30 % verfassungswidrig sind, bedeutet andererseits, dass ca. 85 % aller Sanktionen weiterhin zulässig sind. Der in das Urteil implementierte Zynismus, dass arbeitslose Menschen nicht ohne staatlichen Druck und Zwang zur Aufnahme von Arbeit motiviert werden können, ist Ausdruck schwarzer Pädagogik und enthält unübersehbare Überschneidungen mit der faschistischen Arbeitsideologie des Nationalsozialismus.

Um diese repressive Ideologie zu überwinden, bedarf es eines radikalen Kurswechsels in der Arbeitsmarktpolitik, der insbesondere mit der Logik des Hartz IV-Systems konsequent bricht. Diese Logik ist auch in ihrer moderateren Variante geprägt von Konzessionen an die Interessen des Kapitals, das seine Kosten grundsätzlich denen aufbürdet, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Das gesamte Arbeits- und Sozialleistungsrecht ist unter den herrschenden kapitalistischen Bedingungen von einer rechtlichen und sozialen Asymmetrie gekennzeichnet. So erlaubt das Kündigungsschutzgesetz den Unternehmen, Beschäftigte, gleich welcher Dauer des Arbeitsverhältnisses, jederzeit zu kündigen, wenn der Betrieb nicht mehr als 10 Mitarbeiter\*innen hat. Oberhalb dieser Grenze führt jede Kündigung zunächst einmal zum sofortigen Beschäftigungsverbot und kann nur dadurch aufgehoben werden, wenn der zumeist dornige Weg zum Arbeitsgericht beschritten wird. Im Sozialrecht endet der Leistungsanspruch des gekündigten und somit arbeitslosen Menschen grundsätzlich nach 12 Monaten, um dann von den Armutssätzen des Hartz IV-Systems leben zu müssen. Wer verhindern will, dass die Kapitaleseite das Beschäftigungsrisiko jederzeit auf die Beschäftigten abwälzt, sollte konsequent z.B. den Leistungsanspruch auf Arbeitslosengeld unbefristet gestalten, da der gekündigte Mensch die Kündigung nicht zu vertreten hat, aber das würde schon fast bedeuten, mit der Kapitallogik zu brechen oder wie es Karl Marx in seiner Broschüre „Lohn, Preis und Profit“ den Gewerkschaften ins Gebetbuch schrieb, statt einem Kleinkrieg mit dem Kapitallager „ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“



# MASSENPROTESTE ERSCHÜTTERN DIE WELT



von Judy Beishon und Sascha Staničić

In vielen Ländern sind in den letzten zwei Monaten wütende Massenrevolten ausgebrochen. Zentrum dieser Bewegungen sind mit einigen Ausnahmen Lateinamerika und der Nahe und Mittlere Osten. Am Freitag, den 25. Oktober demonstrierten bis zu zwei Millionen Menschen in den Straßen von Chiles Hauptstadt Santiago. Das war der Auftakt eines Wochenendes, an dem bis zu 500.000 Menschen in Barcelona für die Freilassung politischer Gefangener demonstrierten, zu Protesten gegen die Regierung quer durch den Irak und einer nahezu 170.000 km langen Protest-Menschenkette im Libanon.

Außerdem sind stürmische Proteste unter anderem in Hong Kong, Ecuador, Algerien, Ägypten, Indonesien, Bolivien, Haiti, dem Iran und Kolumbien ausgebrochen oder sind noch immer im Gang. Zuvor sahen wir im Sudan den Beginn einer Revolution, die bereits den Präsidenten Omar al-Bashir aus dem Amt vertrieben hat.

Doch auch kapitalistische Metropolen bleiben nicht verschont. In Europa lassen sich die Gelbwesten in Frankreich nicht klein kriegen und gab es am 5. Dezember den größten Generalstreik in der Regierungszeit Macrons. Und in den Vereinigten Staaten gibt es zwar keine vergleichbare Massenbewegung, aber eine massenhaft verbreitete Stimmung gegen die Präsidentschaft Donald Trumps und für sozialistische Ideen, was sich unter anderem in verschiedenen Wahlerfolgen von sich als Sozialist\*innen präsentierenden Kan-

didat\*innen in den letzten Jahren ausdrückt. Aber auch die organisierte Arbeiter\*innenbewegung in den USA ist aktiver und lebhafter geworden und es hat die Entwicklung einer Reihe wichtiger Streiks gegeben.

Diese Bewegungen inspirieren sich gegenseitig, lernen voneinander und greifen Taktiken oder Symbole auf, die in einem der Länder zur Anwendung kamen.

Die Auslöser und Forderungen variieren von Land zu Land. Gemeinsam ist den meisten jedoch die Wut auf Sparmaßnahmen, Ungleichheit und Korruption. „Kontinentübergreifend scheinen wir in einem Zeitalter des Zornes zu leben“ hieß es in einem Leitartikel der britischen Times. Die Autoren eines Artikels der New York Times nennen die Protestwelle „ein ungewöhnlich lautes Geheul gegen Eliten in Ländern, in denen Demokratie eine einzige Quelle von Enttäuschungen ist, Korruption als dreist und unverschämt empfunden wird und eine kleine politische Klasse auf großem Fuß lebt, während die jüngeren Generationen kämpfen müssen, um zurecht zu kommen“.

Hinzu kommen natürlich die Proteste gegen den Klimawandel und gegen die Diskriminierung von und Gewalt gegen Frauen, die immer wieder Massendemonstrationen auslösen und das Bild einer instabiler werdenden Welt komplettieren, in der die Herrschenden mehr und mehr ihre soziale Basis verlieren und immer weniger in der Lage sind, stabile Regierungen zu bilden.

*Judy Beishon ist Mitglied der Leitung der Socialist Party in England und Wales. Sascha Staničić ist Mitglied des AKL Länderrats und Bundessprecher der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol).*



## Libanon, Chile, Iran

Im Libanon haben die Protestierenden sich nicht spalten lassen und haben einen gemeinsamen Kampf von Schiit\*innen, Sunnit\*innen, Drus\*innen und Christ\*innen an den Tag gelegt. Auch im Irak wurde konfessionelle Zersplitterung durch die Proteste überwunden. Die Forderungen, die im Libanon auf Resonanz stoßen, umfassen die Absetzung der korrupten politischen Elite und eine Änderung des gesamten politischen Systems. Ein Fünftel der Bevölkerung – 1,3 Millionen Menschen – war Teil der Bewegung. Auslöser war eine Steuer auf Datendienste wie WhatsApp. Die BBC gab jedoch die Worte eines Protestierenden wie folgt wider: „Wir sind nicht wegen WhatsApp hier, wir sind hier wegen allem.“

In Chile fordert die Bewegung, die mittlerweile zu zwei Generalstreiks mobilisierte, ebenfalls einen politischen Wechsel. Die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung zur „Umstrukturierung der Gesellschaft“ findet Massenunterstützung.

Hunderttausende, die in Ecuador protestierten, reagierten fassungslos auf ein brutales Sparpaket. Geführt von der UGTE (Dachverband der ecuadorianischen Arbeiter\*innen) fand ein Generalstreik statt. Das Parlament wurde gestürmt und Lenín Moreno's Regierung war gezwungen, außerhalb der Hauptstadt Quito Quartier zu beziehen.

Die Proteste im Iran entzündeten sich an der Ankündigung einer Benzinpreiserhöhung und knüpften an den Arbeiter\*innenprotesten von vor zwei Jahren an. Auch wenn die Proteste vorübergehend durch brutale staatliche Repression beendet wurden, sind sie Ausdruck des sich unter der Oberfläche immer weiter entwickelnden Unmuts, der auch seinen Ausdruck in der Reorganisation der iranischen Arbeiter\*innenbewegung findet, was sich auch in den auf den Demonstrationen erhobenen Forderungen nach dem Recht zur Bildung freier Gewerkschaften, aber auch nach der Rückverstaatlichung privatisierter Betriebe und nach Arbeiter\*innenkontrolle in Betrieben ausdrückt.

## Bolivien

Nach dem Übergang des so genannten Arabischen Frühlings in den „Arabischen Winter“, also der erfolg-

reichen Konterrevolution in Ägypten und dem Krieg in Syrien, und nach den Wahlerfolgen von Bolsonaro in Brasilien und anderen rechten Kandidaten in Lateinamerika, sind diese jüngsten Bewegungen ein Schlag ins Gesicht all der Kommentator\*innen, die einen gesellschaftlichen Rechtsruck herbei geschrieben haben. Sie bestätigen diejenigen, die auf die enorme Instabilität weltweit und die gesellschaftliche Polarisierung hingewiesen haben. Das bedeutet aber auch, dass wir es nun nicht einfach mit einem linearen Linkschwenk zu tun haben. Immer noch leiden solche Massenbewegungen daran, dass es in der Arbeiter\*innenklasse und der Jugend kein verbreitetes sozialistisches Bewusstsein und keine starken linken Organisationen gibt, die den Bewegungen ein politisches Rückgrat und sozialistische Perspektive geben könnten. Das führt dazu, dass es zwangsläufig zu einem schnelleren Auf und Ab kommen wird und der Prozess der Herausbildung einer neuen sozialistischen Arbeiter\*innenbewegung verkompliziert wird und länger dauern wird.

Das wird verstärkt durch das politische Scheitern linker Kräfte, die in den letzten Jahren an die Regierung gekommen waren. In Europa ist Griechenland dafür das deutlichste Beispiel, wo Syriza an der Regierung linke Prinzipien über Bord geworfen hat und so die ganze griechische Linke und Arbeiter\*innenbewegung um Jahre zurück geworfen hat.

Auch die Ereignisse in Bolivien weisen auf das Problem hin, das entsteht, wenn Regierungen, die einen linken Anspruch haben, versuchen sich mit dem Kapitalismus auszusöhnen. Die Regierung von Evo Morales wurde durch einen *de facto* Putsch im November aus dem Amt gedrängt, Morales hat das Land verlassen und nun kann eine selbst ernannte rechte Regierung an den Umbau des Staatsapparates gehen, bevor im nächsten Jahr Neuwahlen stattfinden sollen, bei denen Morales nicht antreten dürfen. Hintergrund dieser Ereignisse sind einerseits die Tatsache, dass die Sozialreformen und andere Maßnahmen der Morales-Regierung für die kapitalistische Elite Boliviens und die imperialistischen Staaten immer inakzeptabel waren und sie nur auf eine Gelegenheit gewartet haben, zurückzuschlagen. Dass sie aber erfolgreich zuschlagen konnten, hat auch etwas damit zu tun, dass Teile

der Arbeiter\*innenklasse und der armen Bevölkerungsschichten sich von der Morales-Regierung entfremdet haben, weil diese keine konsequente linke Politik umgesetzt hatte. Das wurde verstärkt dadurch, dass Morales eine vierte Amtszeit als Präsident antreten wollte, obwohl das die Verfassung des Landes nicht vorsieht. Dementsprechend war der Widerstand gegen den Putsch begrenzt. Für Linke sollte das heißen, einerseits den rechtsgerichteten Putsch zu bekämpfen, aber nicht kritiklos Morales und seines MAS zu unterstützen, sondern auch in Bolivien für eine unabhängige sozialistische Position einzutreten.

## Zuckerbrot und Peitsche

Alarmiert und verzweifelt versuchen es die führenden Eliten mit dem Einsatz von Zuckerbrot und Peitsche: In einer Reihe von Ländern wurden die Demonstrierenden mit brutaler Staatsrepression konfrontiert und sind noch immer entschlossen weiterzumachen. Todesopfer und Verletzte gab es vor allem im Irak, Iran und Chile. Andererseits wurden in dem Versuch, die Unruhen zu unterdrücken, hastig Konzessionen verkündet. Im Irak fand eine Kabinettsumbildung statt und trat der Premierminister zurück. Der chilenische Präsident Piñera hat die Erhöhung der Fahrpreise zurück genommen und sein Kabinett entlassen. In Hong Kong wurde das Auslieferungsgesetz zurückgezogen. Im Libanon hat die Regierung die WhatsApp-Steuer ganz schnell fallengelassen und einige Reformen angekündigt und ist der Premierminister zurück getreten. In all diesen Ländern wurden diese Maßnahmen jedoch als nicht ausreichend von den Protestierenden betrachtet und konnten die Proteste dadurch nicht beendet werden.

## „Führungslos“

Berichterstatte\*r\*innen der kapitalistischen Medien haben die Schwierigkeiten der Regierungen bei ihren Versuchen beklagt, den Protesten zu begegnen, weil diese in vielen Fällen „führungslos“ waren – spontane Ausbrüche der Wut, die oftmals über soziale Medien mobilisiert wurden. „Mit wem kann verhandelt werden?“ fragen sie. Während Sozialist\*innen diese Frage nicht umtreibt, plädieren wir nach-



**Straßenblockade in Beirut, Libanon**

Foto: Nadim Kobessi, CC BY-SA 4.0

drücklich dafür, dass Arbeiter\*innen und Jugendliche ihre eigenen Komitees und Organisationen schaffen, um in der Lage zu sein, die notwendigen Schritte, um die Proteste fortzusetzen und zum Erfolg zu machen, demokratisch zu diskutieren und zu entscheiden.

Misstrauen gegenüber politischen Organisationen ist vor dem Hintergrund der vergangenen internationalen Erfahrungen der Arbeiter\*innen verständlich, die oftmals von ehemals linken Führer\*innen, die nach rechts abgewandert sind und sich den Interessen des Kapitals angepasst haben, betrogen wurden. Aber wirkliche Arbeiter\*innenparteien – mit gewählten und jederzeit abwählbaren Führungen sind unerlässlich, um die verschiedenen Teile der lohnabhängigen Klasse und soziale benachteiligten Schichten zu vereinigen und um eine einheitliche Zielsetzung in der Bewegung und ein politisches Programm zu formulieren, die die Interessen der Arbeiter\*innen ernsthaft zum Ausdruck bringen.

## **Rolle der Arbeiter\*innenklasse**

Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung von Protestbewegung zeigte, dass solche am effektivsten waren, an denen die Arbeiter\*innenklasse beteiligt war. Das ist kein Wunder, denn sie ist diejenige Kraft in der Gesellschaft, die die herrschende Kapitalistenklasse an ihrem Heiligsten – dem Profit – tref-

fen kann. Aber auch, weil sie die gesellschaftliche Kraft ist, die aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess das Potenzial hat die alte bestehende kapitalistische Ordnung nicht nur zu Fall zu bringen, sondern auch eine neue, sozialistische Gesellschaft zu entwickeln.

Deshalb muss die vor allem in den Gewerkschaften organisierte Arbeiter\*innenschaft das Rückgrat solcher neuer Parteien sein, um ihre Erfahrung in den Arbeiter\*innenkämpfen und ihr Potential einzubringen, die Gesellschaft durch Streikaktionen zum Stillstand zu bringen. Aufgrund ihrer gemeinsamen Klasseninteressen kann sie die Führung darin übernehmen, die Bewegung aufzubauen und sie mit den Ideen auszurüsten, die nötig sind, der kapitalistischen Klasse entgegenzutreten.

In der Praxis kann das nur geschehen durch die Entwicklung eines sozialistischen Programms zur Abschaffung des Kapitalismus, Ablehnung von Koalitionen mit prokapitalistischen Kräften und den Aufbau von Regierungen aus Vertreter\*innen der arbeitenden Menschen, die in der Lage sind, Gesellschaften im Interesse der überwältigenden Mehrheit zu errichten. Keinem Vertreter und keiner Vertreterin des Kapitalismus kann vertraut werden!

Während diese lebenswichtigen Organisationen noch aufgebaut werden müssen, haben die Massenaufstände von 2011 im Mittleren Osten und Nordafrika ihre Lehren hinterlassen. Zum Beispiel die Forderungen nach vollständigem Wechsel an der Spitze

des Staates, die derzeit von den Protestierenden erhoben werden, zeigen die Erkenntnis, dass der Rücktritt eines einzelnen Präsidenten oder Premierministers nicht genug ist, da andere kapitalistische Vertreter\*innen an deren Stelle treten können.

Der Journalist Simon Tisdall erwähnte am 27. Oktober im britischen Observer, dass über vierzig Prozent der globalen Bevölkerung 24 Jahre alt oder jünger sind und im Verweis auf die gegenwärtigen Aufstände schreibt er zutreffend: „Dieses globale Phänomen unerfüllter jugendlicher Ansprüche und Bestrebungen erzeugt politische Zeitbomben.“ Auch wenn die Kämpfe an- und abschwelen, geht der Trend hin zur Eskalation. Zusammen mit dem Willen zu kämpfen, wird die Entwicklung des Bewusstseins für die politischen und organisatorischen Aufgaben, die nötig sind, einen dauerhaften Sieg zu erringen unweigerlich vorangetrieben. Von entscheidender Bedeutung ist es, ob konsequent sozialistische Kräfte bestehen, die das Unbewusste bewusst machen können und der unweigerlichen Radikalisierung eine sozialistische Richtung geben können. Wenn das gelingt, werden die Massenbewegungen der letzten Wochen und Monate nur der Vorbote zu größeren und umfassenderen Massenkämpfen sein, die eine sozialistische Veränderung der Welt ermöglichen werden.



## *Kapitalismus bedeutet Krieg, Umweltzerstörung und Armut*



Grundsatztext der AKL, in mittlerweile vierter Auflage.

Eine Analyse der tiefgehenden Krise des Kapitalismus und einer EU, in der statt des Versprechens einer grenzenlosen Freiheit Faschismus und Nationalismus gedeihen. Als Alternative wird eine sozialistische Gesellschaft, aber auch der Weg dahin dargestellt: Eine LINKE, die in außerparlamentarischen Bewegungen zu Hause ist und in Stadtteilen und Betrieben verankert.

42 Seiten  
Erhältlich über:  
info@antikapitalistische-linke.de

## *Für eine kämpferische Kommunalpolitik – eine andere Kommune ist möglich*



Sammelband zur Debatte um eine linke Kommunalpolitik auf dem Bielefelder LINKE-Parteitag im Juli 2015.

Wie kann auf kommunaler Ebene Widerstand gegen Sparpolitik organisiert werden, wie kommt man gegen sogenannte Sachzwänge an? Wie können Kommunen finanziell bessergestellt werden?

Außerdem dokumentiert: Eine Rede von Claus Ludwig auf dem Bielefelder LINKE-Bundesparteitag zur Kommunalpolitik.

26 Seiten  
Erhältlich über:  
info@antikapitalistische-linke.de

## *Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden – Die Linke und das Regieren*



Sollen sozialistische Parteien Koalitionen mit Sozialdemokraten und Grünen eingehen? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Oder sollen Regierungsämter nur übernommen werden, wenn sie zum Sturz des kapitalistischen Systems eingesetzt werden können? Oder auch gar nicht?

Mit Beiträgen von Özlem Demirel, Sylvia Gabelmann, Thies Gleiss, Inge Höger, Ekkehard Lieberam, Lucy Redler, Bernd Riexinger, Sahra Wagenknecht und Janine Wissler. Erschienen im PapyRossa Verlag.

ISBN 978-3-89438-623-8  
256 Seiten, 14,90 Euro

# KONTAKT ZUR AKL:

**Website:**  
www.antikapitalistische-linke.de

**E-Mail:**  
info@antikapitalistische-linke.de

**Für die AKL Spenden:**  
DIE LINKE. Parteivorstand  
Konto-Nr. 132 257 31  
BLZ 100 500 00  
Berliner Sparkasse  
Kennwort „Antikapitalistische Linke“



Die Antikapitalistische Linke (AKL) ist eine politische Strömung in der Partei Die Linke. Sie besteht aus bewegungsorientierten Mitgliedern der Partei DIE LINKE, aber auch aus Parteilosen. Sie sieht sich als Brückenglied zwischen der Partei DIE LINKE und den außerparlamentarischen Bewegungen. Die AKL setzt sich für die weitere Stärkung des antikapitalistischen Profils der Partei DIE LINKE ein.